Einzelnummer 30 Pfg.

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstr. 17. Fernspr. 6802. Sprechstunde täglich von 11—12

und sämtliche Unterbezirke (Kreise) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- u. Feiertags in Halle a. S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit".

Verlag u. Expedition: Halle, Gr. Ulrichstr. 27. Fernspr. 5407. Postscheckkonto Leipzig Nr. 37573

Nr. 45 | Bezugspreis: Durch Austräger zugestellt monatlich 6.00 Mk. einschließlich Trägerlohn. Für Abholer 5.50 Mk. Durch Postbezug im Vierteljahr 18.—; monatlich 6.00 Mk. einschl. Bestellgeld. | Halle, Mittwoch, den 23. Februar 1921 | [illegible] Millimeter 60 Pf., desgleichen Reklame im dreigespaltenen Text 2.50 M. Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr. | 5. Jahrgang.

113 Sozialdemokraten im Landtag.

Ueber vier Millionen Stimmen — Ein reaktionärer Vorstoß der Reichsregierung — Lehren.

Die Monarchie klopft an die Tür.

Berlin, 22. Febr. Heute fand eine Besprechung zwischen den in der Reichsregierung vertretenen Parteien über die durch die preußischen Landtagswahlen geschaffene Lage statt. Es bestand volle Einmütigkeit darüber, daß auf eine Lösung hingewirkt werden müßte, bei der die Regierungen im Reich und in Preußen von derselben Parteien-Koalition getragen werden. Es wurde vereinbart, daß von diesem Gesichtspunkt aus ein einheitliches Vorgehen der in der Reichsregierung vertretenen Parteien bei der Neubildung der preußischen Regierung erstrebt werden soll.

*

Dieser reaktionäre Vorstoß der rein bürgerlichen Reichsregierung rollt mit großer Plötzlichkeit die Frage der Regierungsbildung in ihrer ganzen Ausdehnung für Reich und Einzelstaaten auf. Die bürgerlichen Herren Minister im Reiche haben nie einen Hehl daraus gemacht, wie unbequem ihnen das Wirken des anders zusammengesetzten preußischen Kabinetts war. Vergleiche, die die breiten Massen des Volkes im vergangenen letzten halben Jahr ziehen konnten, sind schwerlich auch nur einmal zugunsten der Herrschaft der erstgenannten Herren ausgefallen. Diese Situation soll sich nun nicht wiederholen. Auch in Preußen möchten die bürgerlichen Parteien unter sich sein. Die Folge wäre dann natürlich, daß auch die noch anders gearteten Kabinette in Sachsen, in Braunschweig usw. in der Umbildung nachfolgen würden. Eine Entwicklung in diesem Sinne wäre ein erster Schritt zur Rückkehr der Monarchie. Ein Schritt von viel gefährlicherer Bedeutung, als es der Kapp-Putsch war. Gefährlicher, weil er ein methodisches Arbeiten der Reaktion anzeigt. Denn rein bürgerliche Kabinette im Reich und im größten Bundesstaate würden mit offenen Armen in ihrer Mitte die Deutschnationalen aufnehmen. Darauf würden schon die lieben Koalitionsbrüder, die Deutsche Volkspartei, drängen; denn die ist nicht gewillt, ihre Mitglieder und ihre Wähler einzeln an die Deutschnationalen abzugeben. Lieber schwenkt sie gleich mit fliegenden Fahnen als geschlossenes Ganzes nach dort hinüber.

Aber, wird man sagen, die Sache kann ja auch umgekehrt vor sich gehen. Die Regierung in Preußen bildet sich unabhängig von dem Einfluß des Reichskabinetts, wenn sie dann anders ausfällt wie im Reich, dann kann ja die Reichsregierung zurücktreten und sich der in Preußen anpassen, statt umgekehrt. Dieser Möglichkeit steht aber ganz die bestimmte Fassung der Nachricht gegenüber. Trotzdem wollen wir die Möglichkeit ganz nüchtern untersuchen. Die alte Koalition in Preußen hätte eine ganz passable Mehrheit zur Verfügung. Sie reichte vollständig zur Erledigung der parlamentarischen Geschäfte aus. Leider zeigt der Beschluß des Reichskabinetts an, daß die Demokraten und das Zentrum nicht gewillt sind, diesen Weg zu beschreiten, und deshalb ist es gar nicht nötig, eine solche Regierungsbildung ernsthafter zu erörtern.

Etwas anders ist es schon mit dem nach allen Himmelsrichtungen gedrehten und gewendeten Gedanken einer Koalitionsregierung von der Deutschen Volkspartei bis zur Sozialdemokratischen Partei. Bei allen möglichen und unmöglichen Gelegenheiten ist ja dieses Ziel der Sehnsucht jener Herren um Stresemann und v. Kardorff zum Ausdruck gebracht worden. Wir brauchen es nicht besonders zu betonen, wir haben in der letzten Zeit es immer und immer wieder offen zum Ausdruck gebracht, daß uns schon allein der Gedanke an die Möglichkeit einer solchen Konstellation ein Greuel ist. Denn darüber muß sich die Sozialdemokratische Partei klar sein, in dem Augenblick des Zusammengehens mit den in der Volkspartei organisierten Industriemagnaten muß sie auf alle Sozialisierungspläne Verzicht leisten. Alle die schönen und guten Vorsätze werden unausgeführt bleiben. In dieser Hinsicht wird die Koalition der Arbeiterschaft mehr Steine wie Brot bringen. Einen Vorteil brächte sie nur in politischer Beziehung. Die Rückkehr der Monarchie wäre fürs erste verhindert und die politische Vertretung der Arbeiterschaft könnte wenigstens den Gewerkschaften das Feld zu ihren wirtschaftlichen Kämpfen offenhalten.

Aber auch eine andere Koalition, die noch möglich wäre, würde durch diesen Schritt der Sozialdemokratischen Fraktion vereitelt werden. Die Bildung eines Kabinetts aus Deutschnationalen, Volksparteilern und Zentrum, dieses hat sogar die meiste Aussicht, am schnellsten zustande zu kommen. Denn den Demokraten scheint die Lust zum regieren am schlechtesten zu bekommen. Man merkt es am dauernden Schwinden ihrer Wählerzahl.

Am begrüßenswertesten wäre die Erweiterung der Koalition in Preußen durch Aufnahme der Unabhängigen Fraktion und eine Umbildung der Reichsregierung in diesem Sinne, aber dazu haben sich die Unabhängigen selbst den Weg verrammelt. So wird denn wahrscheinlich der Ruck nach rechts, den das Abstimmungsergebnis zeigt, noch viel markanter bei der Regierungsbildung zum Ausdruck kommen. Daß sich die bürgerlichen Parteien ihres Vorteils bewußt sind, das zeigt der Vorstoß der Reichsregierung an.

113 Sozialdemokraten im Landtag.

Berlin, 22. Febr. (Sonder-Telegramm.) Nichtamtlich. Vorläufiges Gesamtergebnis der preußischen Landtagswahlen. Nach den bisherigen Feststellungen erscheinen 399 Abgeordnete als gewählt, davon Mehrheitssozialisten 106, Demokraten 25, Zentrum 79, Deutsche Volkspartei 57, Deutschnationale Volkspartei 72, Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes 4, Unabhängige 26, Vereinigte Kommunisten 30.

Berlin, 22. Febr. Zu den 399 neugewählten Abgeordneten im preußischen Landtage treten noch die bisherigen 22 Abgeordneten des Kreises 9 (Oberschlesien) aus der Landesversammlung hinzu, so daß die Gesamtzahl 421 beträgt. Davon sind Mehrheitssozialisten 113, Demokraten 26, Zentrum 90, Deutsche Volkspartei 57, Deutschnationale Volkspartei 73, Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes 4, Unabhängige 28 und Vereinigte Kommunisten 30.

Die Stimmenzahlen.

Sozialdemokraten . .	4 171 286	Stimmen,
Unabhängigen . . .	1 055 023	„
Kommunisten . . .	1 207 695	„
Demokraten	977 463	„
Deutsche Volkspartei .	2 266 587	„
Deutschnationalen . .	2 892 667	„
Zentrum	2 964 202	„
Wirtschaftspartei . .	187 345	„

Die Wahlergebnisse in den Bezirken.

(Reichstag und Landtag.)

Wahlkreis 1 (Ostpreußen):

Sozialdemokraten 188 067, USPD. 47 615, KPD 63 580, Dnat. 246 879, D. Vp. 121 926, Zentr. 87 188, Dem. 43 589, W. Vgg. 8146, Polen 10 802.

Da die Wahlen zum Preußischen Landtag ähnliche Zahlen ergeben haben wie bei der Reichstagswahl, dürften gewählt sein: 5 Sozialdemokraten, darunter Ministerpräsident Braun (bisher 7), 1 Unabhängiger, 1 Kommunist, 6 Deutschnationale, 2 Zentrum, 3 Deutsche Volkspartei, 1 Demokrat.

Wahlkreis 2 (Berlin):

Vorläufiges amtliches Ergebnis: Gesamtzahl der gültigen Stimmen 971 742. Es erhielten die Sozialdemokraten 220 855, USPD. 197 277, KPD. 118 299, Zentr. 38 332, Dem. 66 078, Dnat. 169 478, D. Vp. 121 107, Hannov. Landespartei 90, Mittelstandspartei 46 231.

Es entfallen auf die Sozialdemokraten 5, auf die Demokraten 1, auf die Deutschnationalen 4, auf die Unabhängigen 4, auf die Deutsche Volkspartei 3, auf die Mittelstandspartei 1 und auf die Kommunisten 2 Sitze.

Wahlkreis 3 (Potsdam II):

Gesamtzahl der gültigen Stimmen 587 339. Es erhielten die Sozialdemokraten 168 436 (146 846), USPD. 100 665 (251 748), KPD. 54 703 (10 872), Zentr. 22 938 (23 862), Dem. 72 536 (88 501), Dnat. 154 559 (120 864), D. Vp. 150 272 (183 068), Hannov. Landespartei 135, Mittelst. 36 595.

Es entfallen also auf die Sozialdemokraten 4, auf die Demokraten 1, auf die Deutschnationalen 3, auf die Unabhängigen 2, auf die Deutsche Volkspartei 3 und auf die Kommunisten 1 Sitz, zusammen 14 Sitze.

Wahlkreis 4 (Potsdam I):

Es entfielen auf: Sozialdemokraten 220 990 (175 724), USPD. 100 631 (258 029), KPD. 67 023 (10 623), W. Vgg. 29 306, Landeskulturpartei 102, Dnat. 192 925 (167 431), D. Vp. 131 776 (146 620), Zentr. 16 096 (15 647), Dem. 50 994 (64 400).

Gewählt sind somit: 4 Deutschnationale, 3 Deutsche Volkspartei, 1 Demokrat, 5 Sozialdemokraten (Beirat Stering-Berlin, Gauleiter Wende-Berlin, Gewerkschaftsbeamter Beimkämpen-Brandenburg, Staatsminister Haenisch und Parteisekretär Jahnke-Spandau), 2 Unabhängige und 1 Kommunist.

Wahlkreis 5 (Frankfurt a. O.):

Sozialdemokraten 242 560 (6), USPD. 47 514 (1), KPD. 21 199, Christl. Vp. 10 030, Dnatl. 247 358 (6), D. Vp. 99 419 (2), Zentr. 46 449 (1), Dem. 50 588 (1 Abg.).

(Reichstagswahl: SPD. 188 962, USP. 110 090, KPD. 7871, Dem. 72 360, Zentr. 41 562, D. Vp. 119 417, Dnat. Vp. 211 519.)

Wahlkreis 6 (Pommern):

Sozialdemokraten 230 138 (174 642), USPD. 37 890 (140 816), VKPD. 24 079 (10 037), Dnatl. 333 870 (299 161), D. Vp. 113 031 (160 287), Zentr. 5479 (6446) Dem. 26 485 (37 038), W. Vgg. 16 242 (—).

Danach sind gewählt: 5 Sozialdemokraten (Schriftsteller Herbert-Stettin, Bezirkssekretär Hartwig Stettin, Kreisschulrat König-Swinemünde, Gewerkschaftsbeamter Schauer-Stettin und Arbeitersekretär Decker-Stettin), 1 Demokrat (Rechtsanwalt Dr. Berndt), 8 Deutschnationale, 2 Deutsche Volkspartei.

Wahlkreis 7 (Breslau).

Es haben erhalten die Sozialdemokraten 350 149, Unabhängigen 8059, Kommunisten 22 587, Dnatl. 188 788, Zentr. 172 974, D. Vp. 74 789, Dem. 49 390, W. Vgg. 14 062.

Es entfallen also auf die Sozialdemokraten 8 Sitze, auf die Deutschnationalen 4 Sitze, auf die Zentrumspartei 4 Sitze, Deutsche Volkspartei sowie auf die Demokraten je ein Sitz.

(Reichstagswahl: SPD. 317 665, USP. 58 091, Dem. 56 382, Zentr. 176 018, D. Vp. 98 102, Dnat. Vp. 162 039.)

Wahlkreis 8 (Liegnitz):

Sozialdemokraten 225 449 (5), Zentrum 50 192 (1), Demokraten 53 609 (1), Deutschnat. Vp. 180 013 (3), Unabh. 10 673 (—), D. Vp. 67 116 (—), Komm. 14 627 (—), Mittelst. V. 16 938 (—).

(Reichstagswahl: SPD. 184 531, USP. 60 005, KPD. 5587, Dem. 72 682, Zentr. 51 876, D. Vp. 78 729, Dnat. Vp. 118 181.)

Wahlkreis 10 und 11 sind gestern veröffentlicht.

Wahlkreis 12 (Erfurt):

Sozialdemokraten 31 652, Zentrum 40 923 (1), Dem. 19 764, Deutschnat. Vp. 33 143, Unabh. 50 985 (1), D. Vp. 41 016 (1), Fraktionslose Partei 28, Komm. 31 871, Landbund (Römer) 37 201.

(Reichstagswahl: SPD. 27 449, USP. 93 944, KPD. 4946, Dem. 24 534, Zentr. 40 892, D. Vp. 31 758, Dnat. V. 68 984.)

Wahlkreis 13 (Schleswig-Holstein):

Kiel, 22. Febr. Das Stimmergebnis der Reichstagswahl in Schleswig-Holstein ist folgendes: Sozialdemokraten 242 438, USP. 20 464, Kommunisten 40 733, Dem. 64 276, D. Vp. 126 785, Dnat. Vp. 140 546. Schleswig-Holsteinische Landespartei 24 251, Dänen 4651. Dazu kommen von der Hamburger Reichstagswahl im Juni 1920 als Reststimmen: USP. 24 767, Dem. 37 729, D. Vp. 24 248, Dnat. Vp. 9752 Stimmen.

Kiel, 22. Febr. Auf Grund der nunmehr vollständig vorliegenden Ergebnisse der Reichstagswahlen in Schleswig-Holstein entfallen auf die Deutschnationalen 2, Deutsche Volkspartei 2, Demokraten 1 (Graf Bernstorff) und Mehrheits-Sozialdemokraten 4 Mandate.

Für den Landtag sind als gewählt zu betrachten: Deutschnationale 3, Deutsche Volkspartei 3, Demokraten 1, Mehrheitssozialisten 6 und Kommunisten 1.

Wahlkreis 14 (Weser-Ems):

Gesamtzahl der gültigen Stimmen: 278 077. Es erhielten Sozialdemokraten 53 212 (112 626), USPD. 14 745 (103 843), KPD. 6658 (12 879), Zentr. 104 620 (133 650), demokratische Partei Ostfriesland 12 698, Dem. 13 048 (80 430), Dnat. 23 611 (34 310), D. Vp. 49 485 (145 167).

Es entfallen also auf die Sozialdemokraten 1, auf die Zentrumspartei 2 und auf die Deutsche Volkspartei 1 Sitz, zusammen also 4 Sitze.

Wahlkreis 15 (Ost-Hannover):

Es erhielten die Deutschnationalen 40 842, Deutsche Volkspartei 63 268, deutsch-hannov. Partei und Zentrum 133 532, Demokraten 19 648, Sozialdemokraten 141 474, Unabhängige 15 773 und Komunisten 16 461.

Es entfallen somit auf die Deutschnationalen 1 Sitz, Deutsche Volkspartei 1, Zentrum und deutsch-hannov. 3 Sitze, auf die Mehrheits-Sozialdemokraten 3 Sitze.

(Reichstagswahl: SPD. 132 233, USP. 52 045, KPD. 2808, Dem. 29 632, Zentr. 5299, D. Vp. 63 436, Dnat. Vp. 33 473, D.-Hannov. P. 166 540.)

Wahlkreis 16 (Süd-Hannover):

Sozialdemokraten 204 427, USP. 18 273, KPD. 25 475, Dem. 43 412, Zentr. und Welfen 164 480, D. Vp. 134 184, Dnat. Vp. 58 665.

Es entfallen auf die Sozialdemokraten 7 Sitze (Oberbürgermeister Leinert-Hannover, Frau Helfers-Hameln, Maler-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210223-12/fragment/page=0001

meister Stephan-Hildesheim, Postassistent Müller-Hannover, Geschäftsführer Müller-Hameln, Lagerhalter Schröder-Osterode, Zigarrenfabrikant Schropp-Clausthal), auf die Zentrumspartei 4 Sitze, auf die Demokraten 1 Sitz, die Deutschnationalen 1 Sitz und Deutsche Volkspartei 3 Sitze.

(Reichstagswahl: SPD. 244 627, USP. 81 889, KPD. 2536, Dem. 33 172, Zentr. 46 023, D. Vp. 138 773, Dnat. Vp. 46 865, D.-Hanno. P. 122 807.)

Wahlkreis 17 (Westfalen-Nord):

Sozialdemokraten 196 211 (4 Sitze, darunter Severing), USPD. 22 927, KPD. 48 384 (1 Sitz), Dnat. 90 027 (2), D. Vp. 91 480 (2), Zentr. 400 749 (10), Dem. 30 091 (infolge Listenverbindung ist Oberbürgermeister Dortmunds gewählt).

(Reichstagswahl [ohne die außerpreußischen Gebiete]: SPD. 185 377, USP. 72 962, KPD. 14 864, Dem. 35 946, Zentr. 396 017, D. Vp. 105 033, Dnat. Vp. 79 736.)

Wahlkreis 18 (Westfalen-Süd):

Vorläufiges Gesamtresultat: Sozialdemokraten 286 444 (243 920), USPD. 83 099 (231 262), KPD. 104 492 (17 290), Dem. 57 993 (59 267), Zentr. 334 217 (327 964), D. Vp. 177 576 (191 202), Dnat. 92 562 (70 008).

Danach haben erhalten die Sozialdemokraten 7 Sitze (Redakteur Hue-Essen, Parteisekretär Klupsch-Dortmund, Stadtsekretär Bräuker-Iserlohn, Referent Osterroth-Hamm, Verbandsvorsitzender Husemann-Bochum, Bezirksleiter Kahl-Dortmund und Betriebsleiter Fries-Siegen); die Unabhängigen 2 Sitze; Deutsche Volkspartei 4 Sitze; Zentrum 8 Sitze; Demokraten 1 Sitz.

Wahlkreis 20 (Aachen-Köln):

Es erhielten die Deutschnat. 49 404 (1), die Deutsche Vp. 76 388 (1), Zentrum 472 549 (11), Demokr. 29 863, Sozialdemokraten 164 459 (4), USPD. 8580, KPD. 45 762 (1) und die fraktionslose Partei 125 Stimmen.

(Reichstagswahl: SPD. 170 625, USP. 70 663, Dem. 35 013, Zentr. 443 268, D. Vp. 77 296, Dnat. Vp. 39 917, Sonstige Part 23 555.)

Wahlkreis 21 (Koblenz-Trier):

Wahlkreis 21. (Koblenz-Trier). Mehrheitssoz. 61 250 (1), Zentrum 338 595 (8), Dem. 14 721, Deutschnationale Volkspartei 29 554, Unabh. 2812, Deutsche Vpt. 59 450 (1), Fraktionslose P. 37, Komm. 11 953, Mittelst. P. 13 090.

Gesamtergebnis: 531 492 gültige Stimmen. Davon erhielten die Sozialdemokraten 61 250, USP. 2812, KPD. 11 953, Dem. 14 721, Dnat. Vp. 29 54, D5. Vp. 59 450 Zentr. 338 995, Christl. Vp. 13 090, Fraktionsl. Part. 67 Stimmen. Es entfallen also auf die D. Vp. und auf die Sozialdemokraten je 1 Sitz, auf die Zentrumspartei 8 Sitze.

(Reichstagswahl: SPD. 59 494, USP. 28 040, Dem. 13 201, Zentr. 298 252, D. Vp. 60 701, Dnat. Vp. 25 726, Sonstige Part. 29 341.)

Wahlkreis 22 (Düsseldorf-Ost):

Wahlkreis 22. (Düsseldorf-Ost). Abgegeben sind 910 216 gültige Stimmen. Davon haben erhalten: Deutsch. Vpt. 138 501 (3), Dem. 43 241 (1), Mehrheitssozialisten 131 789 (3), Unabh. 84 227 (2), Komm. 150 688 (3), Deutsche Vpt. 127 848 (3), Zentr. 234 758 (6), Zersplittert 164.

Es entfielen auf die Deutschnationale Volkspartei 3 Sitze, auf die Deutsche Volkspartei 3 Sitze, Zentrum 6 Sitze, Deutschdemokratische Partei 1 Sitz, Sozialdemokraten 3 Sitze (Redakteur Lambertz-Essen, Parteisekretär Haberlands-Bremen, Geschäftsführer Meyer-Düsseldorf), Unabhängigen 2 Sitze, Kommunisten 3 Sitze.

(Reichstagswahl: SPD. 97 177, USP. 319 911, KPD. 12 229, Dem. 49 974, Zentr. 238 372, D. Vp. 128 446, Dnat. Vp. 121 323, Sonstige Part. 3011.)

Wahlkreis 23 (Düsseldorf-West):

Es erhielten die Sozialdemokraten 84 979 (2), die Unabhängigen 23 369, die Kommunisten 65 741 (1), die Deutschnationalen 53 091 (1), die Deutsche Volkspartei 89 805 (2), Zentrum 290 664 (7), die Demokraten 21 077.

(Reichstagswahl: SPD. 96 706, USP. 98 816, KPD. 36 848, Dem. 33 660, Zentr. 301 227, D. Vp. 96 902, Dnat. Vp. 43 702, Sonstige Parteien 8384.)

Einzelresultate.

	Landtag 1921	Reichstag 1920
Stadt Stettin.		
Sozialdemokraten	41 496	25 006
Unabhängige	11 605	35 673
Kommunisten	7 872	1 568
Stadt Kassel.		
Sozialdemokraten	36 595	30 904
Unabhängige	1 975	10 174
Kommunisten	3 973	122
Stadt Brandenburg.		
Sozialdemokraten	15 581	13 876
Unabhängige	1 076	4 507
Kommunisten	1 185	227
Stadt Aachenom.		
Sozialdemokraten	6 601	5 167
Unabhängige	586	2 055
Kommunisten	1 153	1 247
Stadt Osnabrück.		
Sozialdemokraten	12 273	10 538
Unabhängige	2 362	6 061
Kommunisten	692	2
Stadt Frankfurt a. M.		
Sozialdemokraten	75 809	67 495
Unabhängige	11 389	40 582
Kommunisten	10 100	1 227
Stadt Hannover.		
Sozialdemokraten	101 999	87 049
Unabhängige	3 826	28 900
Kommunisten	12 845	1 074
Stadt Essen.		
Sozialdemokraten	31 055	23 939
Unabhängige	12 539	55 182
Kommunisten	33 124	2 860
Stadt Elberfeld.		
Sozialdemokraten	19 533	12 900
Unabhängige	8 419	25 788
Kommunisten	4 717	446
Stadt Barmen.		
Sozialdemokraten	15 862	9 751
Unabhängige	10 173	30 228
Kommunisten	7 912	408

So bescheiden das Kommunistenblatt am Montag war, um so voller nahm es das Maul am gestrigen Tage. Nicht weniger wie 50 Mandate prophezeite es seiner Partei. Nun sind ja glücklicherweise nur die starke Hälfte daraus geworden. Es gibt ja auch so schon deutschnationale Stimmen genug im neuen Parlament, da ist eine stärkere Vertretung der Kommunisten absolut nicht nötig. — Eine bombenmäßige Entdeckung haben die Lügenpeter vom „Klassenkampf" natürlich wieder bei unserer Partei gemacht. Man schreibt: „Die S. P. D. hat zwar ihre Stimmenzahlen steigern können, aber sie wird uns nicht weiß machen, daß das Arbeiterstimmen sind." „Vor Tische las man's anders" möchte man fast sagen. In den Wahlreden und Wahlartikeln der Kommunisten konnte man dauernd hören und lesen, daß 85 Prozent der Wähler ihrer Stellung und Lage entsprechend Arbeiter wären, der „Klassenkampf" will uns doch nicht etwa weiß machen, daß wir unseren Stimmenzuwachs aus den 15 Prozent Nichtarbeitern gewonnen haben. Dann mag er sich nur gefälligst die Resultate aus dem westlichen Industrierevier betrachten. Doch sollen solche oben aufgestellten Behauptungen wohl wieder der Taktik, der Anwendung von List, Schlauheit, Verschweigen der Wahrheit usw. entsprechen. Aus demselben Grunde rückt man auch den Mandatsverlust im Vergleich zu den Revolutionswahlen in den Vordergrund, nur um nicht zu vergleichen mit den Resultaten der Reichstagswahl genötigt zu sein. Lassen wir ihnen das Vergnügen. Die oben wiedergegebenen Zahlen beweisen, daß wir marschieren.

Lehren.

Unser Berliner Mitarbeiter schreibt uns:

Der 20. Februar hat zu vielerlei Sieger gesehen, als daß einer von ihnen ganz froh werden könnte. Die Rechtsparteien gewinnen, aber für die Deutsche Volkspartei wird das Vergnügen daran durch die Erkenntnis der Tatsache getrübt, daß ihr von ihren Fellen eins nach dem andern zum deutschnationalen Ufer hinüberschwimmt. Bei den Deutschnationalen mögen einige hakenkreuzlerische Kindergemüter meinen, es ginge vortrefflich, die politisch Unterrichteten wissen, daß die Deutschnationale Volkspartei in ihrem gegenwärtigen Zustand jener interessanten Art von Pilzen gleicht, die bei günstigem Wetter mächtig aufwuchern, um dann plötzlich mit Gestank zu zerplatzen. Vor den Kulissen mimen diese Heldensöhne noch Einigkeit, hinter ihnen schimpfen sie sich gegenseitig Lumpenhund und schießen sich mit Pistolen. Genug von diesen Siegern!

Dann sind ja auch wohl noch die Kommunisten da, sie haben sich im Kampf um die Weltrevolution ein ganz nettes parlamentarisches Bäuchlein angemästet, über dem man bequem die Daumen drehen kann. Eine Anzahl ihrer hervorragendsten Vertreter wird dadurch in der Ueberzeugung befestigt werden, daß — trotz K. A. P. D.! — der Bezug von parlamentarischen Diäten mit echt proletarisch-bolschewistischer Sowjetgesinnung durchaus vereinbar ist. Weltrevolution? Daran denken freilich höchstens nur noch Kinder und Narren. Die U. K. P. D. hat es ja durch alle Straßen Deutschlands gerufen, wer für die Diktatur nach russischem Muster sei, der solle seinen Stimmzettel für sie abgeben. Man kann also heute statistisch feststellen, ein wie großer Teil der Bevölkerung Deutschlands für russische Sowjetideale empfänglich ist. Das Ergebnis ist für alle, die von einer gewaltsamen Erhebung träumen, einfach zerschmetternd. Die Kommunisten haben ihren „Sieg" mit dem Untergang ihrer Idee bezahlt.

Und dann gibt es noch einen Sieger bei den Wahlen vom 20. Februar, und das sind wir Sozialdemokraten. Gegen einen wütenden Ansturm von rechts, gegen einen Verleumdungsfeldzug, wie er noch nicht da war, haben wir uns nicht nur glänzend gehalten, wir haben auch noch neues Terrain zugewonnen. Im Jahre 1907 und im Jahre 1920, nach den Wahlen vom 6. Juni, konnte der oder jener unserer Gegner glauben, daß die Sozialdemokratie schließlich unterzukriegen sei. Dieser Glaube muß aber jetzt völlig erschüttert sein durch die doppelte, unter ganz verschiedenen Umständen wiederholte Erfahrung, daß jeder sozialdemokratischen Schlappe mit mathematischer Folgerichtigkeit ein neuer sozialdemokratischer Aufstieg folgt. Die Sozialdemokratische Partei ist nicht unterzukriegen!

Für den von den unsern, der das bis zum 20. Februar noch nicht gewußt hat, mag dieser Tag ein sehr frohes Erlebnis geworden sein. Die andern, die niemals daran zweifelten, werden geneigt sein, sich zu den Wahlergebnissen etwas kritischer einzustellen. Es braucht nicht immer so zu sein, daß eine Partei, die bei den Wahlen Stimmen gewonnen hat, danach wie ein Schaubudenathlet vor die Rampe tritt und sich selbstgefällig auf die Muskeln klopft. Nein, seien wir aufrichtig und bewahren wir uns unser ruhiges Urteil! Dann werden wir sagen: Es ist gewiß ein Zeichen der Hoffnung, daß wir neue Erfolge errungen haben, aber wenn dieses Zeichen nicht bald von den Arbeitern bis weit über unsere Reihen hinaus richtig verstanden wird, dann kann auch dieser Erfolg nichts daran ändern, daß die Arbeiterbewegung als Ganzes vor die Hunde geht.

Die Wahlstatistik vom 20. Februar schreit den Arbeitern, denen, die hören wollen und denen, die nicht hören wollen, ein Wort ins Gesicht, das heißt: Einigkeit!

Am 6. Juni hat die U. S. P. beinahe über die S. P. D. gesiegt, und sie hat darüber helle Triumphgesänge angestimmt. Am 20. Februar ist sie zusammengebrochen — und wenn wir blind genug wären, zu glauben, daß die Weltgeschichte nur aus einem Kampf zwischen S. P. D. und U. S. P. besteht, wenn wir wirklich so kindisch wären, dies anzunehmen, so könnten wir heute so jubeln, wie die U. S. P.

Das Fähnlein der sieben Aufrechten.

Novelle von Gottfried Keller.

(11. Fortsetzung.)

„Ich muß mich also wieder mit der Vergangenheit trösten und durch meine Erinnerungen entschädigen," begann er nach einer kleinen Stille; „wer sollte es diesem strengen, fest geschlossenen Mündchen ansehen, daß es vor vielen Jahren schon so süße Küsse zu geben wußte?"

„Fängst du wieder an mit deinen unverschämten Erfindungen? Aber wisse, daß ich das ärgerliche Zeug auch nicht länger anhören will!"

„Sei nur ruhig!" Nur noch diesmal wollen wir unsere Betrachtungen rückwärts lenken in jene goldene Zeit, und zwar wollen wir reden von dem letzten Kusse, den du mir gegeben hast, ich erinnere mich der Umstände, als ob es heute wäre, deutlich und klar, und ich bin überzeugt, du desgleichen! Ich war schon dreizehn Jahre alt, du etwa zehn, und schon einige Jahre waren verflossen, ohne daß wir uns mehr geküßt hätten, denn wir dünkten uns nun große Leute. Da sollte es doch noch einen angenehmen Schluß geben; oder war es nur die frühe Lerche, die den neuen Morgen verkündete? Es war an einem schönen Pfingstmorgen —"

„Nein, Himmelfahrtstag —" unterbrach ihn Hermine, schwieg jedoch, ohne das Wort ganz auszusprechen.

„Du hast recht, es war ein prachtvoller Himmelfahrtstag im Monat Mai, wir waren mit einer Gesellschaft junger Leute ausgezogen, wir zwei die einzigen Kinder dabei; du hieltest dich an die großen Mädchen und ich an die Jünglinge, und mit verschämten, mitleinander zu spielen oder auch nur zu reden. Nachdem man schon weit und breit herumgekommen, ließ man sich in einem hohen und lichten Gehölz nieder und begann ein Pfänderspiel; denn der Abend war nicht mehr fern, und die Gesellschaft wollte nicht ohne einige Küsserei nach Hause kehren. Zwei Leute wurden verurteilt, sich mit Blumen im Munde zu küssen, ohne dieselben fallen zu lassen. Als dieses und die nachfolgenden Paare das Kunststück nicht zustande brachten, kamst du plötzlich ganz unbeianden auf mich zugelaufen, ein Maiglöckchen im Munde, steckteest mir auch ein solches zwischen die Lippen und sagtest: „Probier' einmal!" Richtig fielen beide Blümchen auf die Erde zu ihren Geschwistern, du setztest aber im Eifer dennoch dein Küßchen ab. Es war, wie wenn ein leichter schöner Schmetterling abgesessen wäre, und ich griff unwillkürlich mit zwei Fingerspitzen danach, um ihn zu haschen. Da glaubte man, ich wolle den Mund abwischen, und lachte mich aus."

„Hier sind wir am Lande!" sagte Hermine und sprang hinaus. Da kehrte sie sich freundlich noch einmal gegen Karl.

„Weil du dich so still gehalten und meinem Worte die Ehre gegeben hast, die ihm gebührt," sagte sie, „so will ich, wenn es nötig sein sollte, auch vor vier Wochen wieder mit dir fahren und es dir in einem Briefchen anzeigen. Es wird das erste Schriftliche sein, das ich dir anvertraue."

Damit eilte sie nach dem Hause. Karl dagegen fuhr eilig nach dem Hafenplatz, um den Zapfenstreich der hiesigen Trompeter nicht zu versäumen, der wie ein schartiges Rasiermesser die laue Luft durchschnitt.

Er traf schon auf dem Wege mit Ruckstuhl und Spörri zusammen, die gelind angesäuselt waren; sie freundschaftlich und bieder begrüßend, faßte er den ersten unter den Arm und fing an, ihn zu rühmen und zu loben: „Was Teufels haben Sie wieder getrieben? Was haben Sie wieder für Streiche ausgeheckt, Sie schlimmer Patron? Sie sind doch der spiendideste Schütz im ganzen Kanton, was sage ich, in der ganzen Schweiz!"

„Donner!" rief Ruckstuhl, höchst geschmeichelt, daß einmal ein anderer als Spörri sich an ihn machte und ihn rühmte. „Donner! daß wir schon ins Nest müssen! Können wir nicht noch schnell eine Flasche Guten abtun?"

„Bst! das können wir auf dem Zimmer ausrichten! Es ist ohnehin Sitte bei den Scharfschützen, daß man wenigstens einmal während des Dienstes die Offiziere hintergeht und heimlich eine Nacht durch auf dem Zimmer zecht. Und wir wollen als Rekruten zeigen, daß wir der Spezialwaffe würdig sind."

„Das wäre ein Hauptspaß! Ich zahle den Wein, so wahr ich Ruckstuhl heiße! Aber schlau müssen wir sein, lustig wie die Schwalben, sonst sind wir geliefert."

„Nur ruhig, wir sind die rechten Leute! Wir wollen nur recht still und scheinheilig einrücken und keinerlei Aufhebens machen."

Als sie in die Kaserne kamen, waren die anderen Zimmergenossen alle in der Wirtschaft und nahmen dort den Schlaftrunk. Karl zog einige ins Vertrauen, die teilten es weiter mit, und so versah sich jeder mit ein paar Flaschen, die sie unbemerkt, einer nach dem andern, hinaustrugen und unter den Betten verbargen.

Auf dem Zimmer, als es zehn Uhr schlug, legten sie sich ruhig ins Bett, bis nachgesehen war, ob die Lichter gelöscht seien. Dann standen alle wieder auf, verhingen die Fenster mit Mänteln und zündeten die Lichter wieder an, zogen den Wein hervor und begannen zu pokulieren, daß es eine Art hatte, und Ruckstuhl dünkte sich wie in Elysium, da alle ihm zutranken und ihn einen großen Mann sein ließen. Denn der heiße Wunsch, auch beim Militär zu gelten, ohne etwas dafür zu tun, machte ihn dümmer, als er eigentlich war. Als er nebst seinem Trabanten gehörig zugedeckt schien, wurden erst verschiedene Trinkspiele aufgeführt. Der eine mußte, auf dem Kopfe stehend, eine Gießkelle voll Wein austrinken, die ihm einer vorhielt, der andere auf einem Stuhl sitzen und, während eine an die Decke gehängte und in Umschwung gesetzte Bleikugel seinen Kopf umkreiste, drei Gläser leeren, ehe die Kugel den Kopf berührte, der dritte etwas anderes, und jeder, der es nicht vollbrachte, erhielt irgendeine drollige Strafe.

Alles dies wurde in größter Stille vollzogen; wer laut wurde, verfiel ebenfalls in Buße, und alle waren im Hemde, um bei einer Ueberraschung schnell ins Bett kriechen zu können. Wie nun die Zeit nahte, wo die Runde durch die Gänge strich, wurde den zwei Freunden auch ein Trinkstück aufgegeben. Sie sollten sich gegenseitig zwei auf die flache Klinge gesetzte volle Gläser an den Mund halten und dieselben austrinken, ohne einen Tropfen zu vergießen. Prahlend zogen sie vom Leder und kreuzten die mit Gläsern beschwerten Weidmesser; aber sie zitterten dergestalt, daß die Gläser herabfielen und sie nicht einen Tropfen erschnappten. Sie wurden daher angewiesen, eine Viertelstunde in „kleiner Uniform" vor der Türe Schildwache zu stehen, und solche Unternehmung wurde als das Kühnste gepriesen, was seit Menschengedenken in dieser Kaserne verübt worden sei. Ueber das bloße Hemd wurde ihnen Weidsack und Weidmesser kreuzweis umgehängt, dazu mußten sie den Tschako aufsetzen und die schwarzen Ueberstrümpfe anziehen, aber ohne Schuhe, und so wurden sie, den Stutzer in der Hand, vor die Türe geführt und an beiden Pfosten aufgestellt. Kaum waren sie dort, so schob man den Riegel vor, tilgte alle Spuren des Gelages, enthülste die Fenster, löschte die Lichter und schlüpfte jeder in sein Bett, als hätte er schon seit Stunden geschlafen. Die beiden Schildwachen gingen indessen im Scheine der Gangsaterne auf und ab, die Büchse auf der Schulter, und schauten mit kühnen Blicken um sich. Spörri, der wegen des Grattrausches in seligster Stimmung war, wurde ganz übermütig und hub plötzlich an zu singen, und das beschleunigte die Schritte des dienstthabenden Offiziers, der schon auf dem Wege war. Als er herannahte, wollten sie rasch ins Zimmer entschlüpfen; aber die Türe ging nicht auf, und ehe sie sich zu helfen wußten, war der Feind da. Jetzt tanzte in ihrem Kopfe alles durcheinander. Sie stellten sich in der Verwirrung jeder vor seinen Pfosten, präsentierten das Gewehr und riefen: „Werda!"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210223-12/fragment/page=0002

am 6. Juni gefudelt hat. Aber wir wissen, daß alle Siege, die die Arbeiterparteien gegeneinander erfechten, dummes Zeug sind, und nur der einzige Umstand, daß wir stets diese Ueberzeugung vertreten haben, daß wir stets für die Einigkeit eingetreten sind, gibt uns heute das Recht, unsern Erfolg als Zeichen einer beginnenden besseren Zukunft zu betrachten.

Die Entscheidung fällt nicht im Streit der sozialistischen Richtungen, sie fällt zwischen der sozialistischen Arbeiterschaft und ihren Gegnern. Nur wenn diese Erkenntnis in den Arbeitermassen jetzt mit Blitzschnelle um sich greift, dann wird der 20. Februar der Arbeiterbewegung wirklich etwas Bedeutendes und Großes gebracht haben. Die erdrückende Masse der sozialistischen Arbeiterschaft, die durch ihr Votum den Sowjetglaub.n abgelehnt hat, muß sich zu festen Formationen zusammenschließen, die sowjetgläubige kleine Minderheit muß sich fügen, oder sie hat kein Recht, sich darüber zu beklagen, wenn man sie als einen Feind der Arbeitersache betrachtet und behandelt.

Wir brauchen die Einigkeit, wir wollen die Einigkeit! Schließt euch zusammen in Reih' und Glied! Nieder mit den Feinden der Einigkeit, nieder mit den Arbeiterzersplitterern! Erst wenn wir wieder einig sind, kommt der Sieg, dessen wir alle uns freuen werden!

Gleichberechtigung der Sieger.

London, 22. Febr. (WTB.) Wie aus Washington gemeldet wird, verlautet dort aus dem Staatsdepartement, daß die amerikanische Regierung dem Völkerbundsrat die Forderung unterbreitet hat, daß alle a. und a. Nationen in den Mandatsgebieten gleiche Rechte erhalten sollen.

Die Türkenfrage in London.

London, 22. Febr. (WTB.) Der Beschluß, die erste Sitzung mit der Turkei erst morgen stattfinden zu lassen, ist dem Reuterschen Bureau zufolge auf den Wunsch zurückzuführen, den beiden Delegationen Zeit für ihre Verhandlungen untereinander zu lassen.

Die Internationale der USP.

Wien, 22. Febr. (WTB.) Heute nachmittag trat die Internationale Sozialistenkonferenz unter dem Vorsitz Longuets zusammen. Dr. Friedrich Adler bemerkte über die Aufgaben der Konferenz: Wir wollen nicht eine Internationale errichten, dazu ist die Zeit noch nicht reif, sondern wir wollen eine Arbeitsgemeinschaft von Parteien einrichten, die sich zum Ziel gesetzt haben, ihre Arbeit intensiv einer Idee zu widmen, die das gesamte Weltproletariat umfaßt. Auf Antrag des Delegierten der Sozialisten von Serbien, Topalovic, wurde die bisherige Kommission, bestehend aus Adler, Grimm, Ledebour und Wallhead, als ständiges Präsidium bestellt.

Die bolschewistischen Treibereien in Georgien.

Paris, 22. Februar. Nach einer Havas-Meldung aus Konstantinopel liegen dort Nachrichten vor, wonach wegen der Besetzung des Arsenals von Tiflis durch die bolschewistischen Truppen die georginische Regierung acht neue Jahresklassen mobilisiert haben soll. — Eine andere Meldung besagt, die Sowjetregierung von Eriwan sei gestürzt und durch ein nationalistisches armenisches Kabinett ersetzt worden.

Kämpfe im Orient.

Paris, 22. Februar. Wie Havas aus Konstantinopel berichtet, bestätigt sich die Nachricht von einer Revolution der armenischen Nationalisten gegen die Sowjetregierung in Eriwan. Die Truppen von Georgien haben die Offensive gegen die armenischen Bolschewisten südlich von Tiflis ergriffen und einen Sieg davongetragen. In Georgien haben die Muselmanen der Mobilisierungsorder Folge geleistet und die Verteidigung der Hauptstadt scheint sichergestellt zu sein.

Der Beschluß über die oberschlesische Abstimmung.

Paris, 21. Febr. Wie das „Echo de Paris" mitteilt, sind die beiden englischen und italienischen Mitglieder der militärischen Mission von Oppeln es gewesen, die die Entscheidung zugunsten der Bestimmungen des Friedensvertrages über die Volksabstimmung in Oberschlesien gegeben hatten. Durch die getrennte Abstimmung, so hätten sie erklärt, könnten die polnischen Einwohner Oberschlesiens acht Tage nach der Abstimmung der einheimischen den ankommenden neuen Wahlberechtigten Hindernisse bereiten. Sie hätten deshalb gefragt, ob man nicht eine angeblich deutsche Gefahr beseitige und eine polnische Gefahr schaffe, die ebenso berechtigt wäre, der Gerechtigkeit Abbruch zu tun und schließlich hätten sich ja nur 150 000 Oberschlesier, die außerhalb Schlesiens wohnen, zur Wahl gemeldet und nicht 350 000. Dieses Kontingent werde nichts an der Abstimmung der 500 000 Stimmen der Einheimischen ändern. Diese Tatsache hatte Briand bekämpft. Er habe erklärt, die letzte Entscheidung des Obersten Rates sei endgültig und keine Regierung dürfe sie in Frage stellen. Es sei zu einer sehr unangenehmen Auseinandersetzung gekommen, die zwei Stunden gedauert habe. Ministerpräsident Briand habe sich schließlich fügen müssen.

Eine Niederlage der sozialistischen Regierung in Sachsen.

Berlin, 23. Februar. Wie die „Voss. Ztg." aus Dresden meldet, hat der sächsische Landtag mit 44 bürgerlichen gegen 43 sozialistisch-kommunistischen Stimmen den Antrag der Regierung, für einen Kredit von 500 Millionen Mark zu bewilligen, abgelehnt und den bürgerlichen Antrag, nur 250 Millionen zu bewilligen, angenommen. Dies bedeutet die erste parlamentarische Niederlage der sozialistischen sächsischen Regierung.

Was alles gelogen wird.

Berlin, 22. Febr. (WTB.) Die Behauptung von Angestellten des Berliner Schlachthofes, daß u. a. auch der Reichspräsident mit wöchentlich 35 Pfund Fleisch auf Grund einer besonderen Liste beliefert sein soll, ist, wie amtlich gemeldet wird, frei erfunden.

Vom deutschnationalen Parteitrach.

Pistolenschießen als Form des Meinungsaustausches.

Der deutschnationale Parteitrach wächst sich zu immer größeren Dimensionen aus. Nachdem man eine Anzahl sehr peinlicher Vorgänge bis zur Wahl sorgfältig totzuschweigen versucht hat, haben die Enthüllungen des „Vorwärts" nun auch einigen Beteiligten den Mund geöffnet. In den „Deutschen Aufgaben" plaudert Ewald Beckmann die internen Vorgänge bei der „Deutschen Zeitung", deren Redakteur er mal war, aus, und zwar aus Anlaß einer preßgesetzlichen Berichtigung, zu deren Abdruck ihn Justizrat Stolte als Rechtsvertreter des alldeutschen Parteivorsitzenden Claß auf Grund des Preßgesetzes (auch eine Form parteigenössischen Verkehrs) gezwungen hat. Es handelt sich dabei zunächst um einen beleidigenden Brief des Herrn Jürgen v. Ramin an Beckmann. Ewald Beckmann hatte Herrn Claß als den intellektuellen Urheber des Briefes bezeichnet. Claß hat dies bestritten, inzwischen hat sich aber der „Königliche Landrat a. D." Herr v. Herzberg als derjenige gemeldet, der den Briefumschlag zu dem absichtlich beleidigenden Briefe des Herrn Jürgen v. Ramin geschrieben und diesen weiterbefördert hat. Herr Ewald Beckmann kündet wegen dieser Sache gerichtliche Klage an, er kündet den Nachweis an, daß auch Claß trotz seines Leugnens an der Sache beteiligt sei und fährt dann fort:

Aber lassen wir diese Frage von den Sachverständigen vor Gericht entscheiden. Dort wird sich dann ja auch für die Herren der „Deutschen Zeitung" Gelegenheit bieten, ihre sittlichen und Moralbegriffe einmal frei vor der Oeffentlichkeit zu vertreten. Uns ist da zum Beispiel bekannt, daß Herr Justizrat Claß noch Mitte März 1918, also zu einer Zeit, da die Meinung über den Politiker v. Kühlmann längst abgeschlossen war, entrüstet gefragt hat, wie man es verantworten wolle, von dem „politischen Bankrotteur" v. Kühlmann zu sprechen. Uns ist dann weiter bekannt, daß der gleiche Justizrat Claß nur wenige Wochen später jene berüchtigten Artikel in der „Deutschen Zeitung" veröffentlichte, Herr von Kühlmann habe durch seinen Lebenswandel in Bukarest das Deutsche Reich entehrt, daß Herr Claß aber nicht den Mut hatte, sich als Verfasser zu bekennen. Er ließ einen Herrn den Kopf hinhalten, wie man zu sagen pflegt, und vergalt die bewiesene Treue mit schnödem Undank der Entlassung. Daß jener Herr (Max Lohan. Red. d. „V"), einer der angesehensten deutschen Journalisten seiner Zeit, sich räuflich aus Nahrungssorgen das Leben nahm, ist auch eine wuchtige Anklage gegen die Gewaltigen der „Deutschen Zeitung", die die völkische Sittlichkeit in Erbpacht genommen zu haben behaupten. Wenn diese Leute mit ihren kindischen Briefschreibereien unter allen Umständen eine Gerichtsverhandlung über ihre Moral wollen, dann kann ihnen geholfen werden; sie sollen sich dann auch nicht über Dürftigkeit des Materials beklagen. Denn daß auch Herr v. Herzberg daran dächte, das Pistolenschießen für den Kampf im völkischen Lager einzubürgern, ist nach dem Mißerfolg des Herrn Jürgen v. Ramin wohl nicht anzunehmen. Immerhin scheint das Pulver auf der „Deutschen Zeitung" trockengehalten zu werden, denn wie man hört, wurde dem abgewiesenen Wulle eine Pistolenforderung des Redakteurs der „Deutschen Zeitung" v. Schilling überbracht. Die Erklärung „In eigener Sache" in Nummer 78 der „Deutschen Zeitung" vom 17. Februar morgens sei das Ergebnis des Spruches des Ehrenrats gewesen.

Jeder Zusatz würde das Porträt dieser teutschen Vorkämpfer für Moral und Sittlichkeit nur abschwächen, dies Porträt, das ein Mann gezeichnet hat, der die Gesellschaft aus langjähriger persönlicher Mitarbeit kennt. Wir wünschen den Herren Wulle, v. Schilling, v. Herzberg usw. für ihren Meinungsaustausch durch Pistolenschüsse Waidmannsheil. Horridoh!

Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen gefährdet.

Das Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen wird durch einen Erlaß des preußischen Volkswohlfahrtsministeriums vom 13. Januar 1921 ganz erheblich beschnitten. Ebenso wird durch einen Federstrich das verfassungsmäßig gewährleistete Tarifrecht der Kassenangestellten einfach beseitigt. Zwischen den hauptsächlichsten Organisationen dieser beiden Interessengruppen besteht schon seit Jahrzehnten eine Tarifgemeinschaft, die auch gleichzeitig die Grundlage für ein verträgliches Zusammenarbeiten zwischen den ehrenamtlichen und berufstätigen Organen der Kassen gewährleistete. Die Verfügung des Volkswohlfahrtsministeriums stellt einen Versuch dar, die Kassenangestellten einfach zu Beamten zu machen und sie in die Beamtenzwangsjacke zu pressen, während den Kassen jede Möglichkeit, die Dienstverhältnisse ihrer Angestellten zu regeln, genommen wird. Wiederholt schon hat in früheren Jahren die Staatsbürokratie versucht, ihren lähmenden Einfluß auch auf die Betriebe der Krankenkassen auszudehnen. Jeder vernünftige Volkswirtschaftler muß solche Versuche mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Mit ganz besonderer Schärfe haben sich die Berufsgenossenschaften gegen ähnliche Versuche gewendet. Allerdings werden die Berufsgenossenschaften von den Arbeitgebern allein verwaltet, und es sind hier die prominentesten Vertreter von Handel und Industrie, welche auf Tagungen und in der Presse jeder Verbeamtung und Verbürokratisierung der Genossenschaften den Kampf angesagt haben. Es ist gar nicht einzusehen, daß die Arbeiterschaft, welche in der Hauptsache die Krankenkassen zu verwalten hat, sich gefallen lassen sollte, was die Arbeitgeber weit von sich weisen.

So wunden sich denn auch die Vorstände großer Krankenkassen, sowie die Gewerkschaften in Gemeinschaft mit den Kassenangestellten gegen die bürokratische Bevormundung, die aus der Verfügung des preußischen Wohlfahrtsministers in aller Nacktheit hervortritt. Die Versicherten der Krankenkassen müssen sich aber ebenfalls darüber klar sein, daß sie diesen Kampf im Interesse der Fortentwicklung des Krankenversicherungswesens und des Ausbaues ihrer Krankenkassen zu unterstützen haben.

Das preußische Finanzministerium und das Berufsbeamtentum.

Bewußte Entstellungen.

Uns wird geschrieben:

Der preußische Finanzminister Lüdemann hat vor einiger Zeit zum Zweck der sparsamen Finanzwirtschaft eine Reihe von Grundsätzen aufgestellt, die den Behörden mitgeteilt wurden. Hierbei ist auch einiges gesagt worden über die rationelle Verwendung von Menschenkräften, und zwar heißt es darüber wörtlich:

„Schließlich wird die Prüfung sich auch nach der Richtung zu erstrecken haben, inwieweit die vorhandenen Arbeitskräfte voll ausgenutzt werden und an richtiger Stelle stehen, insbesondere ob nicht für leichtere und einfachere Arbeiten, wie mechanische Dienstleistungen, Schreib- und Kanzleiarbeiten, Hilfeleistung im Bureau, billigere Arbeitskräfte, auch Frauen, eingestellt werden können. Ein besonderer Uebelstand war nach dem bisherigen System, daß die Militäranwärter, meist kräftige Leute im besten Alter, vielfach zu Arbeiten, besonders in der Kanzlei, verwendet wurden, die ihren Fähigkeiten in keiner Weise entsprachen und durch minder wertvolle Kräfte ebensogut oder besser ausgeführt werden konnten, während die Militäranwärter an anderen Stellen, wie im Wacht-, Aufsichts- und sonstigem Außendienst, ungleich besser am Platze wären. Es darf angenommen werden, daß von den Verwaltungen, die Militäranwärter noch in größerer Zahl einstellen, eingehende Vorschläge für eine Besserung dieses Systems eingehen werden."

Trotzdem für jeden Menschen, der nur einigermaßen wirtschaftlich denken kann, ein Zweifel über die Absicht dieser Grundsätze nicht bestehen kann, ist gerade dieser Absatz des Erlasses zur Ursache ganz besonderer Angriffe geworden. Insbesondere haben Militäranwärter Protestkundgebungen organisiert und dabei mit dem Schlagwort agitiert, daß man bestrebt sei, das „Berufsamtentum auszurotten". Zur Begründung dieser etwas gekünstelten Gedankenkonstruktion wurde dann die Phrase verwendet, daß der altgediente Unteroffizier das festeste, sicherste Rückgrat des Beamtenstandes sei. Versuche, die von einsichtigen Beamten gemacht wurden, die Militäranwärter von dem Sinn des Generalerlasses zu überzeugen, sind vollkommen gescheitert. Man hat absichtlich dem Minister andere Tendenzen untergeschoben, anscheinend um Wahlpropaganda zu treiben. Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß es dem Finanzminister absolut fernliegt, die Rechte der Militäranwärter anzutasten. Aber wenn wir endlich einmal zu einer vernünftig arbeitenden Verwaltung kommen wollen, dann müssen wir jeden an die Stelle setzen, für die er sich am besten eignet. Und daß wir in dieser Beziehung bisher einen unverantwortlichen Raubbau an Menschenkräften getrieben haben, wird wohl niemand zu bestreiten imstande sein.

„Mit Gott für König und Vaterland." Dieser Wahlspruch der Nationalisten und Monarchisten ist bei der Revolution so arg gezaust worden, daß sich auch damals die „Kreuzzeitung" genötigt sah, diesen ihren Untertitel fallen zu lassen und eine den veränderten Zeitverhältnissen und ihrem entschwundenen Mannesmut angepaßtere Devise zu wählen. Seit dem wir aber wieder eine monarchistisch gesinnte Partei in der Reichsregierung zu sitzen haben, jucht jenen novemberfluchtigen Herren wieder das Fell. Der Tag der Preußenwahl, der 20. Februar, hat auch der „Kreuzzeitung" die Courage zurückgegeben, ihr altes Wappenschild erneut aufzusetzen. Ein Heldenstück war das nun gerade nicht, aber diese „Tat" ist ein Beweis dafür, wie sehr sich die Reaktion schon wieder fühlt. Volk, sorge dafür, daß ihre Bäume nicht in den Himmel wachsen!

Der Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Von Fr. Schmidt.

Das Reichseinkommensteuer-Gesetz schreibt vor, daß der Arbeitgeber bei der Lohnzahlung 10 Prozent des Arbeitslohnes zu Lasten des Arbeitnehmers einbehalten und dafür Marken kleben soll. Das Nähere darüber soll der Reichsfinanzminister bestimmen. Wenn nun wohl die Einbehaltung von 10 Prozent so gemeint war, daß dieser Satz sich vom steuerpflichtigen Einkommen versteht, so hatte der Reichsfinanzminister — weltfremd wie die Behörden einmal sind — angeordnet, daß vom gesamten Lohne — auch vom steuerfreien — der Abzug zu machen ist. Den Arbeitnehmer vertröstete man damit, daß er den zuviel einbehaltenen Betrag nach Ablauf des Jahres zurückerhalte. Wer die Schwierigkeiten kennt, die von den Behörden bei Rückzahlung überhebener Steuerbeträge gemacht werden, der weiß, daß man über die Rückerstattung hinwegsterben kann. Infolge der Entrüstung aus den Arbeitnehmerkreisen mußte der Reichstag die Vorschrift dahin mildern, daß beim Abzuge der steuerfreie Einkommensteil ausscheidet. Der Reichsfinanzminister hat nun fortwährend die Vorschriften geändert und es schließlich dahin gebracht, daß der Arbeitgeber zur Steuerveranlagungsstelle und Steuerkasse geworden und ihm eine große Verantwortung aufgepackt ist. Arbeitnehmer und Arbeitgeber sind auch heute noch mit dem Abzugsverfahren sehr unzufrieden. Daran hat aber nur die Bürokratie die Schuld, die wieder einmal ihre völlige Unkenntnis mit den Vorgängen des Wirtschaftslebens bewiesen hat. Das ganze Streben der Steuerbürokratie geht dahin, dem Arbeiter und Angestellten bei der Lohnzahlung lieber zu viel als zu wenig Steuer abzuzwacken. Darin liegt die Wurzel des Uebels. Man hätte das Abzugsverfahren dahin verstehen sollen, daß der Arbeiter durch den Abzug eine Abschlagszahlung auf seine Steuer leistet. Es ist zweifellos richtig, daß es dem Arbeiter und Angestellten schwer fallen wird, seine hohe Steuer einmal alle Vierteljahre zu zahlen und daß es ihm leichter wird, bei jeder Lohnzahlung einen kleineren Teilbetrag zu entrichten. Daß man aber im gleichen Atemzuge den Arbeiter zum Banker des Reiches machte, dagegen den wirtschaftlich stärkeren Fabrikanten, Geschäftsmann, Landwirt (dem man sein Einkommen sowieso nicht so scharf nachrechnen kann) mit der Vorauszahlung und Ueberzahlung der Steuer verschonte, das ist gerade das Ungerechte und Aufreizende an dem ganzen Verfahren. So wie ein unsähiger Bürokratismus das Abzugsverfahren ausgestaltet hat, kann es unmöglich bleiben. Zunächst ist zu fordern, daß man den Abzug vom Standpunkte einer Abschlagszahlung beleuchtet und bei den Abzügen für jedes Familienglied mit 700 Mk. rechnet und über 10 Prozent Abzug nicht hinausgeht. Steuerfrei sind bekanntlich zunächst 1500 Mk. und für jedes Familienglied 500 Mk. Ist das Einkommen nicht höher als 10 000 Mark, dann erhöhen sich die 500 Mk. für jedes zweite und folgende Familienglied auf 700 Mk. Bei Wochenlohnempfängern sollte man für die 1500 Mk. 30 Mk. und für jedes Familienglied 15 Mk. in Abzug bringen. Das vereinfacht zunächst die Rechnung und verhindert, daß dem Arbeiter zu viel abgezogen wird. Beispiel: Ein Arbeiter, der Frau und drei Kinder hat, verdient wöchentlich nach Abzug der Versicherungsbeiträge 210 Mk. Hiervon gehen ab 50 Mk. und 3 × 15 = zusammen 95 Mk. Von dem verbleibenden Betrage von 115 Mk. werden 10 Proz. = 11 Mk. einbehalten. Auf das Jahr ergeben sich 11 × 52 = 572 Mk. Der Arbeiter hätte von diesem Einkommen tatsächlich an Steuer 950 Mk. zu zahlen, wenn er in dieser Höhe veranlagt wird. Er müßte also vierteljährlich an die Steuerkasse ein Viertel von 378 Mk = 94,50 Mk. noch bezahlen.

Geradezu haarsträubend sind nun aber die Vorschriften, soweit sie das Abzugsverfahren „regeln". Die Markenkleberei hat sicher jemand erfunden, der Freude an unnützer Arbeit und Quälerei seiner Mitmenschen hat. Wie einfach würde sich das Verfahren gestalten, wenn der Arbeitgeber eine Jahresliste führt, in welcher jeder Arbeiter nur einmal eingetragen steht und jede Woche der Lohn, die Abzüge und der einbehaltene Steuerbetrag vermerkt wird. Der Arbeitgeber führt nach Ablauf jeder Woche die Beträge auf das Postscheckkonto der Steuerkasse ab und reicht nach Jahresschluß die Liste der Steuerbehörde ein. Auf Verlangen — was nur alle Vierteljahre bei der Steuerzahlung oder wenn der Arbeiter die Stelle aufgibt geändert wird — bescheinigt der Arbeitgeber, welche Beträge er einbehalten hat, und der Arbeiter gibt diese Bescheinigungen bei seiner Steuerkasse ab. Durch dies Verfahren ergeben sich folgende Vorteile: 1. Der Arbeiter braucht keine Steuerkarte und die Behörde spart Arbeit und Formulare. 2. Der Arbeitgeber braucht keine Steuermarken zu kaufen und zu kleben. Die Post wird

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210223-12/fragment/page=0003

nicht in Anspruch genommen, und das Reich spart die Druckkosten für die Marken. Jetzt muß der Arbeitgeber sich Geld von der Bank holen und dies zur Post schleppen, um Marken zu kaufen. In Zukunft würde er den Betrag bargeldlos überweisen. Gering gerechnet würden dadurch ½ Milliarde Geld dem Umlaufe entzogen werden. Die Behörden predigen den bargeldlosen Verkehr und lassen sich die Reklame dafür etwas kosten. Wenn aber einmal die guten Vorschläge von den Behörden selbst in die Praxis umgesetzt werden sollen, dann wird das genaue Gegenteil fertiggebracht; ein Beweis, wie rührend unsichtig die Behörden sind.

Bereits im vergangenen Jahre, als die Steuerabzüge die Oeffentlichkeit beschäftigten, hatte ich dem Reichsfinanzministerium genaue Vorschläge nach den vorstehenden Gesichtspunkten unterbreitet. Sankt Bürokratius ist aber sehr erhaben, wenn ein gewöhnlicher Plebejer ihm Vorschläge macht, und lehnte eine solche Anmaßung mit überhebendem Lächeln ab.

Vom Standpunkte des Arbeitnehmers und Arbeitgebers sollten die politischen Parteien im Reichstage diese Sache noch einmal zur Sprache bringen und das Finanzministerium dazu zwingen, daß das Abzugsverfahren den Anforderungen des Lebens und der Wirtschaft angepaßt wird.

Volkswirtschaft.

Zur wirtschaftlichen Struktur Frankreichs.

Während die französischen Gewaltpolitiker bei ihren vermessenen Forderungen gegen Deutschland den Schein erwecken wollen, als ob der französische Staatsbürger bis an die äußerste Grenze mit Steuern belastet sei, zeigt das französische Staatsbudget ein ganz anderes Bild. Die Staatseinnahmen für das Jahr 1920 beliefen sich in runden Zahlen auf 53 Milliarden Franken; hiervon waren 36 Milliarden Franken durch Aufnahme von Staatsanleihen und nur 17 Milliarden Franken durch Besteuerung aufgebracht. Von den 17 Milliarden waren nur 757 Millionen Franken Einnahmen aus direkten Steuern; das übrige, mehr wie 12 Milliarden, ist aus indirekten Steuern (Konsumsteuern, Zollabgaben usw.) in die Staatskasse geflossen. Dieses Verhältnis erklärt u. a. die Hochschutzzollpolitik dieses Landes. Da weder die französischen Großunternehmer, noch weniger aber die Bauern und Kleinbürger direkte Steuern zahlen wollen, so muß der Staat enorme Zölle erheben, um sich Einnahmen zu sichern. Während des Krieges und seit dem Waffenstillstand hat sich die Kasse der besitzenden Bauern um Millionen vermehrt; sowohl landwirtschaftliche wie Industriearbeiter haben in sehr großer Anzahl kleine Parzellen gekauft und die früheren Zwergbesitzer ihr Besitztum erweitert. Diese werden die herkömmliche Steuerpolitik fortsetzen, was letzten Endes zwar ihren eigenen wirklichen Interessen zuwiderläuft, ohne die Entfaltung der Produktionskräfte in der Industrie zu fördern, doch entspricht dies dem gewohnheitsmäßigen Verhalten dieser Klasse. Wir müssen also mit dieser Klassenschichtung Frankreichs und mit der sich daraus ergebenden reaktionären Politik für die nahe Zukunft rechnen.

Zur Akkumulation des Kapitals.

Im kapitalistischen Wirtschaftssystem werden die Profite damit verteidigt, daß diese der notwendigen Akkumulation des Kapitals dienen, welche neue, die Produktivkräfte des Landes entfaltende Anlagen möglich macht. Es wird gegen die direkte Besteuerung auch mit diesem Argument gekämpft. Die letzten Ausweise der neuen Kapitalanlagen in England lediglich für Industriezwecke zeigen einen gewaltigen Aufschwung. Während in dem glänzenden Geschäftsjahr 1913 242 Millionen Pfund Sterling investiert wurden, ist diese Summe im Jahre 1920 auf 384 Millionen Pfund gestiegen. Auch wenn man eine zweieinhalbfache Preissteigerung berücksichtigt, ist dieser Betrag — verglichen mit den Bedürfnissen der Weltwirtschaft — als sehr hoch zu betrachten. So hat die englische Arbeiterpartei recht, indem sie behauptet, daß den Kapitalisten zur Tilgung der Kriegsschulden neue Vermögenssteuern auferlegt werden könnten, ohne daß dadurch die in der kapitalistischen Produktion tatsächlich notwendige Akkumulation vernichtet würde.

Gewerkschaftliches.

Auch eine Gewerkschaft.

Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, der bekanntlich Arbeitgeber in beträchtlicher Zahl zu seinen Mitgliedern zählt, behauptet stets, diese sogenannten U-Mitglieder, d. h. Unterstützende Mitglieder nur aus Gerechtigkeitssinn weiterzuführen. Es wäre ungerecht, Mitgliedern, die durch Fleiß und mühevolle Arbeit zur Selbständigkeit gelangt sind, sämtliche durch jahrelange Verbandszugehörigkeit erworbenen Rechte zu nehmen.

Der Zentralverband der Angestellten ist allerdings anderer Meinung. Er behauptet, daß allein die Beiträge, die ja bei 60 000 U-Mitgliedern, soviel sind es zurzeit, einen erheblichen Betrag ergeben, die wahre Veranlassung sind. Wie recht der Zentralverband hat, ist aus einigen Sätzen, die auf die Kartothek-Karten der U-Mitglieder gedruckt sind, zu ersehen. Da heißt es: „Achtung! Die U-Mitglieder sind mit ausgesuchter Höflichkeit zu behandeln. Als Anrede benutze man stets: „Sehr geehrter Herr!" Vorsicht beim Versand von Flugschriften usw., daß deren Inhalt nicht verletzend wirkt."

Darüber hinaus zeigen diese Sätze, daß eine Angestelltengewerkschaft, die derartige Rücksichten nehmen muß, nie die wahren Interessen der Angestellten vertreten kann. Möge der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband mit den Brustlönen voller Ueberzeugung sich immer wieder als die einzig allein bestehende wahre Angestelltengewerkschaft bezeichnen, der klarsehende Handlungsgehilfe wird mit Faust sagen:

„Die Botschaft hört ich wohl, allein, mir fehlt der Glaube."

Aus aller Welt.

Pleß, 22. Februar. Neuer polnischer Terror. Sonntag nacht wurden auf das Pfarrhaus in Kreuzburg (Kreis Pleß) etwa 50 Schüsse abgegeben, hierdurch wurde ein größerer Sachschaden angerichtet. Menschen sind nicht verletzt worden. Nach kurzer Zeit wurden auch gegen die Schule einige Gewehrschüsse abgegeben. Pfarrer und Lehrer sind deutschgesinnt.

Amtliche Bekanntmachung.

Weißenfels

Postscheckkonto der Stadtsteuerkasse.

Für die hiesige Stadtsteuerkasse ist von jetzt ab bei dem Postscheckamt in Erfurt das Postscheckkonto 9357 eröffnet. Wir ersuchen, Einzahlungen oder Ueberweisungen an die genannte Kasse für die Folge nicht mehr auf das Postscheckkonto 9357 Leipzig, sondern auf das Postscheckkonto 9357 Erfurt vorzunehmen. Das Postscheckkonto in Leipzig wird in Kürze gesperrt sein.

Weißenfels, den 15. Februar 1921.

Der Magistrat.

Neu! Neu!

Soeben erschienen!

Heimliche Abtreibung oder ärztlicher Eingriff

Warum sind die §§ 218 und 219 des St.-G.-B. ein schweres Unrecht an werdenden Müttern

Aufklärungsschrift über die Abtreibungsparagraphen

von Dr. Kronheim

Arzt in Brandenburg (Havel)

Anerkannt von bekannten Persönlichkeiten

Preis Mk. 1.50

Zu beziehen durch:

Buchhdlg. Volksstimme,

Große Ulrichstraße 27.

Donnerstag früh 23000 Pfd.

Billige Seefische

Kabeljau ohne Kopf Pfd. 160 ℳ

Seegal u. Lengfisch o. Kopf Pfd.

Karbonaden vollständ. kraftfert. Pfund 220 ℳ

Bitte kommen Sie schon um ½8 Uhr, früh kein Andrang.

„Nordsee" Deutschlands größte Fischerei.

Großer Versand nach auswärts.

Zahlbar **-Dauer-Wäsche**

Rein Friedensmäßig!

Bett-Kragen 8,70 bis 12 Mk.

Dieselben stark 14,75 „ 18 „

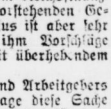
Stehumlegekragen 12,25 „ 16 „

Vorhemden . . . 14,60 „

Manschetten . . . 21,75 „

C. Klappenbach,

Gr. Ulrichstr. 41, Gummiwarenhaus.



Uhrmacher Gustav Uhlig Untere Leipzigerstraße

empfiehlt zur

Konfirmation

Armband-Uhren und Taschen-Uhren sowie Schmucksachen in Silber, Tula u. Gold in großer Auswahl.

Zu verkaufen

Seid. Bluse rosa, Gr. 42 zu verkauf. Steiberstr. 45, pt. r.

Kaufgesuche

Gold-, Silber Platin-Bruch, Zahngebisse! alte Münzen!

kauft zu höchsten Preisen

Wessner.

Fleischerstraße 18,

Vermischtes

Bettnässen Beseitigung sofort. Alter u. Geschlecht angeben. Ausk. umsonst. Versandhaus Urania München B 322 Waltherstr. 38.

Leder-Ausschnitt

Mass-Schäfte in bester Qualität, billigste Preise. Schuhmacher-Bedarfs-Artikel

F. Noah

Leipzigerstrasse 16. Ecke Gr. Sandberg. Café Zorn gegenüber.

Rolladen Jalousien Markisen

usw. liefert u. repariert Fach-Firma:

Hönemann

Büro jetzt: Sternstr. 8, Ecke Kl. Brauhausstr., ernspr. nur noch 5849.

Seefische! Noch billiger!

Kabliau o. Kopf

Seelachs „ „

Goldbarsch „ „

Grüne Heringe

3—5 Stück 1 Pfd.

Pfund nur **150** Pfg.

Karl Pfeiffer

Neumarktfischhalle

Ge sfir 33, T 1.6658

Ecke Albrechtstraße

Stadts, Post- und Bahnversand.

Schnittwaren-Geschäfte

Händler sowie Schneider u. Schneiderinnen finden vorteilhafte Lagerposten in allen

Manufaktur-Waren

A teilung Großhandel

R. A. Otto Herrmann

Magdeburgerstraße 9.

Bei Einkäufen

bitten wir unsere Parteigenossen und Leser sich auf die Inserate in der Volksstimme zu beziehen.

+ Frauen

wenn Ihre monatliche Regel ausbleibt oder stockt, seien Sie ohne Sorge. Neuen Lebensmut bringt Ihnen einzig und allein nur meine neue Spezialität, welche den Sieg über alles andere davonträgt. — Kein Sonnwendel, wofür garant. wird, Frauen, welche schon alles vergeblich versucht hatten, schreiben überraschende Wirkung selbst in hartnäckigen, verzweifelten, bereits hoffnungslosen Fall. Unschädl. Garantie für jeden Fall sonst Geld zurück. Teilen Sie mir mit, wie lange Sie zu klagen haben. Diskreter Versand.

Frau E. Wollenweber, Hamburg (Eibe 492) Niemannsstraße 51.

Ich bleibe nicht frohe Viele Danksagungen bestätigen den Erfolg.

Gasthof Frohe Botschaft

Roßbach b. Weißenfels

Sonntag, den 27. Februar 1921

Oeffentl. Maskenball

mit hoher Prämiierung.

Für gute Speisen und Getränke ist gesorgt.

Der Wirt **Piaßecki u. Frau.**

Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Ortsgruppe Frankleben u. Umgegend.

Sonntag, den 27. Februar, nachm. 3 Uhr, findet im Gasthof Siebecke, am Bahnhof Frankleben, das

II. Stiftungsfest,

verbunden mit Familienkränzchen, Gesangsvorträgen und Tanzaufführungen statt, wozu wir alle Parteigenossen sowie Freunde und Gönner ganz ergebenst einladen.

Die Festrede

hält Reichstagsabgeordneter R. Krüger.

U. a.: Auftreten der Reithel-Sängers-Halle sowie des Doppelquartetts Merseburg.

Die **Merseburger** Partei-Organisation unternimmt einen Ausflug nach Frankleben. Sammelstelle „Grüne Linde", Abfahrt nachm. 3 Uhr mit der Elektrischen.

Der Vergnügungs-Ausschuß.

Holzpantoffeln

starkes Lederblatt (Friedensware)

liefert billigst

Otto Fricke, nur Kl. Ulrichstr. 9, im Hof.

Wiederverkäufer Vorzugspreise.

Billige Hosen

Gelegenheitskauf

mehrere hundert Stück aus Zwirn-, Neuleder- und Buxkinstoffen z. Aussuchen von 49 Mk. an.

Hammerschlag,

36 Gr. Ulrichstr. 36.

Reparaturen an Uhren Gold- und Silberwaren, sowie Schmucksach. übernimmt bei soid. Ausführ. zu normalen Preisen **H. Lerner,** Uhren-Reparatur-Werkstatt Große Ulrichstraße 35. (gegenüber Barfüßerstraße).

Gebt Kuren Kindern Kinder-Nähr-Zwieback ... aus feinst. weiss. Mehl **W. Große,** Goethestrasse 7.

Schluss der Anzeigen-Annahme 9 Uhr.

Voranzeige!

ZOO.

Montag, d. 28. Febr., u. 3½ Uhr nachm. ab

Grosses Kinderfest

(„Ein Jahrmarkt in Krähwinkel")

Turner Karawanen verschiedene Vorträge Ueberraschungen aller Art und

Kinderball

„Wer führt die Polonaise an??"

Eintrittspreise: Erwachs. 2, Kind. 1 Mk.

Mittwoch, d. 2. März n. 6½ Uhr abends ab

Erster grosser öffentlicher Maskenball

Ein Tag a. Bosporus.

Donnerstag, d. 3. März abends 8 Uhr

II. Gesellsch.-Konzert

Hr. Philharm. Orch. Leitg. Obermusikmstr. K. Steuer.

Dr. Grableys Mineralsalz

für alle Tiergattungen. Wiederverkäufer Rabatt. „Elverge", e. G. m. b. H. Gr. Märkerstraße 5.

Apollo-Theater Tägl. 7½!

Heute zum 1. Male

Die **Scheidungsreise**

Bauderville in 3 Akten von Hugo Hirsch.

In den Hauptrollen:

Fanny Köbe u. Martin Lindemann

Seit Septbr. 1920 täglich

Zug- u. Kassenstück des Deutsch. Künstlertheaters Berlin.

Morgen und folgende Tage: Die Scheidungsreise.

Stadt-Theater

Donnerstag, d. 3. März Anfg. 7½, Ed. 10½ Uhr

Erstaufführung: **Donnerwetter noch einmal!**

Lustspiel von Ilse de Molina.

Freitag: **Carmen.**

Der Pfaffenspiegel

Historische Denkmale des Fanatismus in der römisch-katholischen Kirche

von

Otto v. Corwin.

Diese lange Zeit vergriffen gewesene geschichtliche Historie aus dem Pfaffen- und Klosterleben ist neu bearbeitet und mit dem früher verboten gewesenen Stellen ergänzt in einem schönen Bande, 375 Seiten stark, gesammelt zum Preise v. 15 Mk. zu haben in der

„Buchhandlung der Volksstimme"

Gr. Ulrichstraße 27.

Wollen Sie sich **retten,** ich bringe ihnen schnelle **Hilfe!** Ohne jede Berufsstörung gebraucht die **kluge Frau** mein wirksames Spezialmittel bei **Regel- u. Blutstockungen.** Garantie u. Unschädlichkeit. Erfolg schon in 2—3 Tagen. Geld zurück. Viele Dankschreiben vorhanden, welche die Güte und Wirkung meines Spezialmittels erweisen. Schützen Sie sich vor minderwertigen Nachahmungen, die von allen Seiten durch große Reklame angeboten werden und wenden Sie sich, wenn ihnen wirklich geholfen sein soll, unter Mitteilung, wie lange schon leiden, vertrauensvoll immer nur an B. Bäckiskretter Versand Hamburg, Neue AdC-Str. 13.

Donnerstag

billige Seefische

20000 Pfund

Kabeljau ohne Kopf

Seelachs ohne Kopf

Große grüne Heringe Pfund nur **1.50 M.**

Heute eintreffend

1 Waggon 12000 Pfund lebende Spiegelkarpfen

Friedrich Krahmer,

Fluß- und Seefischhandlung.

Fischerplatz 3 Fernspr. 6200

Markttags Verkauf am Wochenmarkt.

Fernsprecher dem 6600.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210223-12/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

Quartiere für Jugendgenossen gesucht.

In den Tagen vom 26. bis 28. Februar (Samstag bis Montag) findet hier in Halle ein Jugendleiterkursus der Arbeiterjugend statt. Derselbe bezweckt die weitere Ausbildung den in der Jugendbewegung tätigen Genossen. Wir benötigen aber noch eine ganze Anzahl Quartiere und wenden uns daher an die Parteigenossen mit der Bitte, uns solche nach Möglichkeit zur Verfügung zu stellen. Wer also imstande ist, für zwei Nächte eine Jugendgenossin oder einen Genossen zu beherbergen, gebe seine Adresse an die Buchhandlung der „Volksstimme", Ulrichstraße, oder an das Parteibureau, Harz 42/44, Zimmer 12, ab.

Die Bezirksleitung.

Arbeiterjugend. Am Freitag abend 7 Uhr hält Frau Röpert im Mozartheim einen Vortrag über: Die Entwickelung der Frauenbewegung. Um zahlreiches Erscheinen aller Mitglieder bittet

Der Vorstand.

Aus dem Stadtkreis.

Halle, 23. Februar 1921.

Am Sonntag.

Als ich am Sonntag über die Felder ging, habe ich die erste Lerche gehört. Ihr feines, helles Stimmchen jubelte oben in der Höhe, wo sie ein kleiner, dunkler Fleck im Aether schwamm. Der blaßblaue Himmel war von einem matten Gold übersonnt. Die Wälder am Horizont lagen kahl und dunkel. Auf den Feldern lag Schnee in kleinen, zerrigen Inseln. Die Wege schlängelten sich braun und verwachsen durchs Land. Der Winter saß noch überall fest im Sattel. Aber der Frühling war doch schon unterwegs . . .

Als ich am Sonntag durchs Nachbardorf schritt, sangen die Kinder auf der Aue. Flachsköpfige waren es mit großen, blauen Augen. Etwas steif taten sie in ihren Feiertagsgewändern. Aber eine liebe, freudige Zutraulichkeit lugte aus den großen Augen. Wie eine Vorbereitung auf ein kommendes, frohes Ereignis war es, das mir aus ihren hellen Stimmchen entgegenklang. Die Größeren haschten einander. Die Kleineren hatten sich an den dicken Händchen gefaßt und drehten sich im Ringelreigen. An den Türen der Dorfhäuser aber lehnten die Mütter und sahen lächelnd dem Spiele der Kinder zu . . . .

Als ich am Sonntag die große Landstraße hinunterging, begegneten mir die alten Leute. Bedächtig und behäbig erwiderten sie meinen Gruß. Der eine oder andere lannte mich und sprach mich an. Die Trostlosigkeit, die diese Alten lange Zeit hindurch festgehalten hatte, schien gewichen zu sein. Hoffnungsvoller sahen sie in die Zukunft. Man sähe doch, meinten sie, daß es allmählich besser werden wolle. Auf einem Schlag könne das natürlich nicht kommen, man müsse eben durchhalten und abwarten . . .

Als ich am Sonntag zurück in die Vorstadt kam, da trugen die jungen Burschen und Mädel Flugblätter aus. Für die Arbeiterpartei warben sie. Neue Mitglieder für die Organisation, neue Leser für das Arbeiterblatt wollten sie gewinnen. Straff und stolz waren alle ihre Bewegungen. Frohgemut und flink taten sie ihre freudige Arbeit. Es wird schon werden, meinten auch sie. Arbeiten, aufklären und nicht verzagen, das sei so das richtige Wort . . .

Als ich am Sonntag heimgekommen war, da durchrieselte mich das Gefühl einer frohen, jubelnden Gewißheit. Nicht umsonst hatte mir die Lerche die Frühlingsbotschaft gebracht, nicht umsonst hatten mir die blauen Kinderangen zugelächelt, nicht umsonst war mir die Zuversicht der Alten und die Siegesgewißheit der Jungen um die Ohren geklungen. Und nun lächelte auch ich still vor mich hin: es wird schon werden . . . es wird schon werden! . . .

Neufestsetzung der Kriegsbeschädigtenrenten.

Durch Verfügung des Herrn Reichsarbeitsministers vom 28. 12. 1920 ist angeordnet worden, daß die Ausführungsbestimmungen zum Reichsversorgungsgesetz vom 12. 5. 1920 nunmehr in Vollzug zu setzen sind. Die Versorgungsämter und das Hauptversorgungsamt in Magdeburg haben die hierzu notwendigen umfangreichen Arbeiten bereits aufgenommen.

Die Grundsätze für die Bewilligung einer Rente nach dem Reichsversorgungsgesetz weichen wesentlich von den bisher geltenden Versorgungsgesetzen ab. Der Fürsorgegedanke, der das ganze Gesetz durchzieht, will nicht nur allein die Gesundheitsstörungen des einzelnen Beschädigten bewertet wissen, sondern er will die Folgen dieser Gesundheitsstörung in ihren Gesamtwirkungen auf die bürgerlichen Berufs-, Familien- und Erwerbsverhältnisse erfassen. Der § 26 des Gesetzes schreibt daher vor, daß für die Bemessung der Rente maßgeben sein sollen

1. die Minderung der Erwerbsfähigkeit,
2. der Beruf,
3. der Familienstand,
4. der Wohnsitz.

Nach § 63 des Gesetzes hat sich die Höhe der zur Auszahlung kommenden Rente nach der Höhe des Einkommens des Beschädigten zu richten. Der wirtschaftlich schwächere soll von der festgestellten Rente einen höheren Betrag erhalten, als der weniger Bedürftige. Nur so war es möglich ein Gesetz zu schaffen, das für die Finanzen des Reiches von so weittragender Bedeutung ist.

Das Gesetz macht es erforderlich, daß seitens der Versorgungsämter umfangreiche Neufeststellungen zu machen sind.

Es müssen festgestellt werden:

1. Die Art des externen Berufes nach § 28, weil hiervon die Entscheidung über die Bewilligung einer Ausgleichszulage abhängig ist.
2. Die Zahl der **Kinder**, für welche eine Kinderzulage zuständig ist (§ 30).
3. Der Wohnsitz, den der Beschädigte seit 1. 10. 1919 gehabt hat, weil sich hiernach die Berechnung der Ortszulage nach § 51 richtet.
4. Die Höhe des reichseinkommensteuerpflichtigen Einkommens.

Es werden demnächst den Beschädigten Fragebogen zur Ausfüllung zugehen. Es liegt im Interesse der Beschädigten selbst, wenn er die Fragen gewissenhaft, schnell und richtig beantwortet. Für alle am 1. 4. 1920 lebenden Kinder sind abgekürzte Geburtsurkunden, sog. Geburtsscheine beizufügen. Diese Geburtsscheine stellt dasjenige Standesamt aus, welches für den Geburtsort des Kindes zuständig ist. Die Ausstellung erfolgt nach § 16 des Gesetzes über die Beurkundung des Personenstandes vom 6. 2. 1875 (in der Fassung vom 1. 1. 1900) kostenlos.

Alle die Feststellungen und sonst noch erforderlichen Arbeiten werden bei der großen Zahl der Kriegsbeschädigten naturgemäß längere Zeit in Anspruch nehmen. Es ist daher ausgeschlossen, alle Neufestsetzungen in kurzer Zeit zu erledigen.

Nach § 93 des Reichsversorgungsgesetzes werden die auf Grund der bisher geltenden Gesetze zu zahlenden Versorgungsgebührnisse so lange weiter gezahlt, bis die Gebührnisse nach dem Reichsversorgungsgesetz festgestellt sind. Die Feststellung erfolgt rückwirkend vom 1. 4. 1920 an; die seit 1. April 1920 gezahlten Beträge werden auf die neue Versorgung angerechnet. Sind die nach dem Reichsversorgungsgesetze festgestellten Gebührnisse niedriger, als die bisher gewährten Gebührnisse, so tritt die Minderung mit dem Ablauf des Monats ein, der auf die Zustellung des Bescheides folgt.

Hiernach kann dem einzelnen Beschädigten ein Schaden aus einer etwa später erfolgten Festsetzung der neuen Gebührnisse nicht entstehen. Diejenigen, welche aus dem neuen Gesetz eine erhebliche Erhöhung ihrer Gebührnisse zu erwarten haben, aber die besonders bedürftig sind, können einen Antrag auf beschleunigte Feststellung an das Versorgungsamt einreichen. Dem Antrag wird nach Möglichkeit entsprochen werden. Es kommen hier besonders in Frage die Schwerkriegsbeschädigten und von diesen ganz besonders diejenigen, die ein geringes reichseinkommensteuerpflichtiges Einkommen und dabei vielleicht auch noch mehrere Kinder haben. Auch ohne daß ein besonderer Antrag eingeht, werden die Versorgungsämter anstreben, in erster Linie die neuen Gebührnisse der Schwerkriegsbeschädigten und Bedürftigen zur Anweisung zu bringen.

Die Neufestsetzung der nach früherem Militärversorgungsgesetzen bewilligten Versorgungsgebührnisse erfolgt ohne Antrag von Amts wegen. Im übrigen wird Versorgung nach dem Reichsversorgungsgesetz nur auf Antrag gewährt. Das betrifft besonders auch die im § 88 des Reichsversorgungsgesetzes bezeichneten Personen, denen erst das Reichsversorgungsgesetz einen Versorgungsanspruch einräumt. Die Offiziere und Beamten des Beurlaubtenstandes, und die im § 97 genannten Beamten der Zivilverwaltung, welche nach dem R. V. G. nunmehr einen Anspruch zu haben glauben, müssen einen besonderen Antrag stellen und zwar auch dann, wenn sie auf einen früheren Antrag bereits einmal abgewiesen worden sind.

Denjenigen Personen, deren Versorgungsanspruch sich auf eine nach dem 31. 7. 1914 und vor dem 1. 4. 1920 beendeten Dienstleistung gründet (vergl. § 92, Abs. 2 des Reichsversorgungsgesetzes vom 12. 5. 20) werden, wenn sie am 1. 4. 1920 auf Grund des Mannschaftsversorgungsgesetzes vom 31. 5. 1906 eine Teilrente von 10 v. H. beziehen, die ihnen nach dem Mannschaftsversorgungsgesetz und den hierzu bis zum 1. 4. 1920 ergangenen Verordnungen und Erlassen zu zahlenden Gebührnisse bis zum 31. 12. 1920 weiter gezahlt. Mit dem 1. 1. 1921 wird an Stelle dieser Gebührnisse von Amts wegen eine einmalige Abfindung in Höhe des dreifachen Jahresbetrages dieser Gebührnisse gewährt. (Vergleiche § 94 des Reichsversorgungsgesetzes vom 12. 5. 1920.)

Die Feststellung dieser Abfindungssumme wird in einigen Wochen beendet sein. Die hiernach abgefundenen Personen behalten jedoch einen etwaigen Anspruch auf Heilbehandlung nach § 4 Absatz 2 des Reichsversorgungsgesetzes.

Wenn später eine Verschlimmerung des Dienstbeschädigungsleidens eintritt, kann ein erneuter Anspruch auf Versorgung gestellt werden. Die neue Versorgung würde nur nach den Bestimmungen des Reichsversorgungsgesetzes gewährt werden. Ein auf die Zeit der neuen Versorgung entfallender Teilbetrag der Abfindungssumme wird angerechnet.

Reaktionärer Vorstoß gegen das Betriebsrätegesetz!

Wie uns mitgeteilt wird, hat die Eisenbahndirektion Halle das Mitglied der Betriebsvertretung für Anwärter auf der Direktion gekündigt. Trotzdem uns der Sachverhalt in allen Einzelheiten noch nicht vorliegt, kann festgestellt werden, daß in dieser Maßregelung ein Vorstoß gegen die Schutz- und Strafbestimmungen des Betriebsrätegesetzes zu erblicken ist. Kennzeichnend in den letzten Monaten war, daß sich derartige Uebergriffe besonders gegen die S.P.D.-Funktionäre richten. Beschämend ist die Haltung des Betriebsrates selbst, der zur Regelung dieser Fragen doch die berufene Instanz ist. Jenes Ratsmitglied wirft einem stockreaktionären Rendanten, der Name tut nichts zur Sache, sein Benehmen als eine „Unverschämtheit" vor. Jeder Mann wird erwarten, der Gesamtbetriebsrat würde sich schützend vor das betreffende Mitglied stellen, statt dessen faßt er es brotlos machen. Oder ziehen E.D. und die radikalen kommunistischen Betriebsräte an einem Strang, weil ihnen die S.P.D.-Betriebsräte in der Praxis besonders gefährlich sind? Die Schließung der Werkstätten hat dies zur Genüge bewiesen. Auch damals wurde beim Wiedereinstellen der Moskowiter und unter der Flagge des U.S.P.D. segelnden Funktionäre nicht viel Aufsehens gemacht. Sie sind, wie reaktionäre Kreise behaupten, bedeutend ungefährlicher wie die in ruhiger und zäher Weise arbeitenden S.P.D.-Funktionäre. Was sagen die aktionslüsternen Neukommunisten zu diesem Vorstoß? Und vor allem — nennen wir doch endlich die Namen — die sonst so radikalen, jetzt wie die Lilien zusammengeknickten Ratsmitglieder Albert, Kunze und Genossen?

Ist diesen Herren nicht bekannt, daß nach § 96 eine Kündigung nur mit Zustimmung der Betriebsvertretungen ausgesprochen werden kann? Oder haben sie auch hier wieder zwei Eisen im Feuer, wie bei ähnlichen Anlässen innerhalb ihrer schädigenden Tätigkeit der Organisation? Besonders letzterer sollte als Ratsmitglied längst die Konsequenzen gezogen haben. Die Gründe sind wohl ihm selbst genügend bekannt.

Was sagen die Drahtzieher der Stern-Affäre, die drei Eisenbahner brotlos machte, dazu?

20 Ein- und Zweifamilienhäuser.

Man schreibt uns: Die Eigenheim-Siedlung Halle-Süd-Ost baut auf ihrem Gelände zwischen der Artillerietraße und Leipziger Chaussee in diesem Jahre 20 Ein- und Zweifamilienhäuser. Die Ausführung geschieht in der Lehmstampfbauweise. Da der Lehm am Platze ist, stellt sich die Ausführung etwa 40 bis 50 Proz. billiger als mit Ziegelsteinen. Fachmännische Unterstützung in den Lehmstampfarbeiten, die von den Siedlern unter gegenseitiger Hilfe ausgeführt werden, sind vom Heimstättenamt der Provinz Sachsen, das derartige Bauten mit sehr gutem Erfolge schon errichtet hat, zugesagt worden. Antrag auf Gewährung von Darlehen aus

Kleines Feuilleten.

Der Menschenverlust im Weltkriege.

Mehr als zwei Jahre sind seit dem Ende des Weltkrieges vorübergegangen, aber genauere Zahlen über die ungeheuren Menschenverluste werden erst jetzt bekannt, und in weiteren Kreisen macht man sich noch keine rechte Vorstellung von der Größe dieser Opfer. Auf Grund der bisher vorhandenen statistischen Erhebungen gibt Georg Wolff in den „Sozialistischen Monatsheften" einen bedeutsamen Ueberblick über diese Verluste und kommt zu folgendem Ergebnis: „Der Menschenverlust der fünf Kriegsjahre betrug in den zehn Ländern, Belgien, Bulgarien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Oesterreich-Ungarn, Rumänien, europäisches Rußland, Serbien, 35 Millionen. Davon entfallen 20,2 Millionen auf den Geburtenausfall und über 5 Millionen auf die Zunahme der Sterblichkeit. Annähernd 10 Millionen Menschen sind auf dem Schlachtfelde geblieben. Die Verluste, die in Europa noch Griechenland, Portugal, Montenegro, die Türkei, ferner die Hilfsvölker Englands und Frankreichs aus Indien, Australien, Kanada, Afrika, die außereuropäischen Gebiete Rußlands, Japan und die Vereinigten Staaten erlitten haben, sind in diesen Zahlen mangels statistischer Unterlagen nicht einbegriffen, schließt man sie ein, so kommt man auf einen Gesamtverlust von über 40 Millionen Menschen, darunter 12 Millionen Kriegstote." Die körperlichen und geistigen Kriegskrankheiten, unter denen wir als Folgeerscheinungen des Krieges leiden, sind unübersehbar. Von der Zahl der Mobilisierten in den einzelnen Ländern läßt sich sagen, daß in Deutschland etwa 11 Millionen Mann einberufen wurden, in Oesterreich-Ungarn rund 9 Millionen, in Großbritannien 6 Millionen und im ganzen britischen Reich 8 Millionen. In Frankreich wurden rund 7 Millionen zum Heeresdienst einberufen, in Italien rund 5 Millionen; in Rußland dürften 18 bis 19 Millionen Mann zum Kriegsdienst eingezogen worden sein. Der Prozentsatz der Mobilisierten beträgt nach der Bevölkerungszahl von 1913 in Frankreich 36 Prozent, in Deutschland und Oesterreich je 35 Prozent, in Serbien 31 Prozent, in Italien 29 Prozent, in England 26 Prozent, in Rußland etwa 24 Prozent, in Bulgarien etwa 23 Prozent, in Belgien etwa 20 Prozent, in Rumänien etwa 19 Prozent. Was die Gesamtsterblichkeit während des Krieges anbetrifft, so steht Serbien mit seinen Verlusten an erster Stelle. Das kleine Land hat bei einer Bevölkerungszahl von 4,95 Millionen einen Gesamtverlust von 1,33 Millionen, also 28,4 Prozent aufzuweisen, eine Erscheinung, die in der Geschichte aller Kriege einzig dasteht. Mit dem Geburtenverlust übersteigt dies Opfer an Menschen ein Drittel der Gesamtbevölkerung. Serbien hat mehr Kriegstote als ganz Großbritannien. Unter den Großstaaten hat Frankreich die stärksten Verluste erlitten, nämlich 1,84 Millionen, davon Kriegsgefallene 1,4 Millionen, im ganzen 4,6 Prozent der Bevölkerung. Im Verhältnis noch größer sind die Verluste von Rumänien, das mehrere hunderttausend Menschen an Fleckfieber verlor und im ganzen 4,7 Prozent der Bevölkerung eingebüßt hat. Deutschland und Oesterreich-Ungarn stehen mit ihren Verlusten an vierter Stelle; sie haben nämlich je 4 Prozent der Gesamtbevölkerung eingebüßt, Deutschland 2,7 Millionen, davon 2 Millionen Kriegsgefallene, Oesterreich 2 Millionen, davon 1½ Millionen Kriegsgefallene. Bei weitem am niedrigsten sind die Verluste Großbritanniens, das nur 2,2 Prozent der Bevölkerung eingebüßt hat, nämlich 1 Million Menschen, davon 800 000 Kriegsgefallene. In England hat sich auch kein Rückgang der Bevölkerungsziffer vollzogen; das gleiche ist in Bulgarien und Rumänien der Fall; in allen anderen vom Krieg betroffenen Ländern hat sich die Bevölkerung bedeutend verringert. Deutschland z. B. hätte bei normaler Bevölkerungsbewegung Mitte 1919 71,8 Millionen Einwohner haben müssen, hatte aber nur 65,5 Millionen.

Literatur.

Sämtliche hier angezeigte Bücher und Schriften können, wie überhaupt jedes andere Buch, durch die Buchhandlung der „Volksstimme" Gr. Ulrichstraße 27 bezogen werden.

Sven Hedin und der 9. November. Die Schwester des weltbekannten Forschers und Reisenden Sven Hedin, Alma Hedin, hat im Brockhaus-Verlag Leipzig, Plaudereien unter dem Titel: „Arbeitsfreude — Was wir von Amerika lernen können" veröffentlicht. Ueber mancherlei interessante Dinge weiß sie aus dem Lande des Dollars zu berichten. Sie hat die rührigen und stets praktischen Amerikaner bei der Arbeit, in der Gesellschaft und im alltäglichen Verkehr beobachtet und hat Blicke in der großen Organisation der öffentlichen Wohlfahrt usw. geworfen, wovon sie dann die Nutzanwendung für ihre Heimat, Schweden, zieht. Dieses Werkchen läßt sich als eine, dem Durchschnitt ähnlicher Reisebeschreibungen überlegene Darstellung gut lesen, hätte aber trotzdem wohl niemals Aufsehen erregt, wenn es nicht zugleich mit einem Kapitel: Der 9. November! Ein Gruß an das deutsche Volk von Sven Hedin, das Licht der Oeffentlichkeit erblickt hätte. Sven Hedin hat während des Krieges ein sogenanntes „Kriegsbuch" verfaßt, welches seiner Zeit bei allen denkenden und nüchternen Soldaten an der Front auf Widerstand stieß, weil es gar zu einseitig und oberflächlich geschrieben ist. Sein vorliegender „Gruß an das deutsche Volk" übertrumpft jenes genannte Werk hinsichtlich der Unkenntnis über die einfachsten Grundlagen unserer innerpolitischen Verhältnisse aber noch um ein Weiteres. Man ist erstaunt, wie ein Forscher und Reisender wie Sven Hedin, ein so vollkommen schiefes Urteil erlangen konnte. Seine Gedankengänge über das unbesiegte Heer und die Revolution am 9. November würden selbst dem wütendsten Alldeutschen alle Ehre antun. Es hat natürlich keinen Zweck und es ist auch nicht unsere Absicht, gegen jene Anschauungen zu polemisieren, aber das muß gesagt werden: mit dem erwähnten Werke hat sich Sven Hedin auf die Seite unserer extremsten Nationalisten gestellt und er wird beim Volke, dem doch wohl sein Ruf gelten soll, mit seinen Ansichten auf Granit stoßen.

L.

Kapitän Scott. Letzte Fahrt. Die Abenteuer der Gefährten. (Volks- und Jugendausgabe als Band 6 der Sammlung „Reisen und Abenteuer".) 158 Seiten Text mit 25 Abbildungen und drei Karten. Leipzig, F. A. Brockhaus. Gebunden 12 Mark. Der dritte Band der „Reisen und Abenteuer", der Kapitän Scotts Tagebuch enthält, rasch weit und breit bekannt geworden. Er birgt die Tragödie eines edlen Mannes, der mit hohem Sinn Großes erreicht hat und den ein widriges Geschick bald nach dem Sieg fällte. Aber auch Kapitän Scotts Gefährten haben Großes geleistet im Erdulden unsäglicher Qualen, wie als vom Glück begünstigte Forscher. Ihre abenteuerlichen Erlebnisse sind in dem neuen (6.) Band der „Reisen und Abenteuer" zusammengestellt und mit den Originalabbildungen ausgestattet. Es entrollt sich uns ein buntes Bild der vielgestaltigen Tätigkeit der Südpolar-Expedition Scotts, die viel dazu beigetragen hat, die Geheimnisse des sechsten Erdteils, des Festlandes um den Südpol, zu enthüllen. Der mit Scott später umgekommene Dr. Wilson schildert eine höchst abenteuerliche Reise in Nacht und Eis zu den Kaiserpinguinen. Dr. Taylor führt uns auf das von hohen Bergen durchzogene Festland, wo wir das bewegte Leben einer Landabteilung mit seinem Ernst und Scherz kennen lernen. Kommandant Campbell aber berichtet über ganz unglaubliche Erlebnisse seiner Abteilung, die monatelang eine Eishöhle als Winterhütte benutzen mußte und die nur durch einen Marsch auf Tod und Leben gerettet wurde. Den menschlichen Höhepunkt bildet die Schilderung der Auffindung der Leichen Scotts und seiner Getreuen. Dabei wird auch der Schleier des Geheimnisses, das den Tod Scotts umgab, etwas gelüftet. Die letzte Fahrt des Expeditionsschiffes, das die Nachricht vom Tode Scotts nach Hause, nach Neuseeland, brachte, macht den Schluß. „Wie anders hatten wir uns bei Beginn unserer Fahrt die einstige Rückkehr vorgestellt! Mit den Flaggen auf Halbmast dampften wir in den Hafen hinein. Tausende hatten sich eingefunden, um den Besieger des Südpols mit Freudenrufen zu begrüßen. Jetzt konnten sie uns nur ihre stille Teilnahme bezeigen." — Nicht nur jeder, der den dritten Band der „Reisen und Abenteuer" mit dem Tagebuch Scotts gelesen hat, wird auch den sechsten Band mit den „Abenteuern der Gefährten" kaufen; auch unabhängig davon ist der neue Band eine ausgezeichnete Darstellung des Lebens einer handvoll Menschen in den eisigen, sturmdurchtobten Ländern des Südpols.

Heiteres.

Salomonisches Urteil. Zwei Damen sitzen zusammen im Eisenbahnabteil. Die eine öffnet das Fenster, aber die andere erhebt laut Widerspruch, indem sie geltend macht, durch den Luftzug werde sie sich den Tod holen. Die erste erklärt wieder, der Schlag werde sie rühren, falls das Fenster nicht offen sei. Unterdes ist der Schaffner hinzugekommen. Er erweist sich als wahrer Salomo, indem er entscheidet: „Jetzt machen wir erst einmal das Fenster auf, dann sterben Sie, und dann schließen wir es, und dann sterben Sie; und dann haben wir endlich Ruhe."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210223-12/fragment/page=0005

Reichsmitteln ist gestellt worden. Die Siedler hoffen auf guten Erfolg, denn dieser Reichszuschuß soll nicht nur den Siedlern, sondern auch den hiesigen Handwerkern zugute kommen. Es werden Arbeitslose Arbeit und Wohnungsuchende Wohnung finden.

Zwei neue weltliche Schulen

sollen Ostern eingerichtet werden, eine in Giebichenstein, eine in der Weingärtenschule. Der Magistrat hat die Rektoren beauftragt, die Eltern durch die Schulkinder in dieser Woche zu befragen, welche Kinder in die neue Schule aufgenommen werden möchten. Sowohl der Deutsche Lehrerverein wie auch die Sozialdemokratie (Erfurter Programm) hat sich für die weltliche Schule erklärt. An Stelle des Religionsunterrichts tritt in der weltlichen Schule ein Pflichten- und Sittenunterricht. Wer da glaubt, seinen Kindern konfessionellen Religionsunterricht geben lassen zu müssen, mag es außerhalb der Schule tun. Die Sozialdemokratie wird niemand daran hindern. Die Schule soll nur der Geistesbildung dienen. Nicht in die allgemeine Staatsschule gehören die (denn der Staat ist weltlich!) biblische Darstellung von der Weltschöpfung, vom Sündenfall, von der Erbsünde, von sittlicher Unfreiheit, von den Wundern, von dem Vorhandensein von Engeln, von einem Satan, von der Jungfrauengeburt, von einer Himmel- und Höllenfahrt, von einem Leben im Jenseits usw. Die Kinder sind nach besten Kräften zum sittlichen Gemeinleben im Diesseits zu erziehen. Die Jenseitigkeitserziehung bleibe der Kirche überlassen. — Nun aber, Eltern, handelt und schickt dem Rektor unverzüglich einen Zettel mit der kurzen Aufschrift: „Ich melde meinen Sohn (Name, Straße) an für die neue weltliche Schule."

Zum Wohnungstausch und -Erwerb.

wird uns vom Magistrat geschrieben:

„Wohnungstausche bedürfen in jedem Falle der vorherigen Genehmigung des Wohnungsamtes. Ohne diese Genehmigung vollzogene Tausche gelten als widerrechtliches Beziehen einer Wohnung, wobei die Tauschpartner mit zwangsweiser Räumung der Wohnung zu rechnen haben. Tauschen liegen im städtischen Wohnungsnachweis, Gr. Berlin 11, zur Einsichtnahme aus. Wohnungsuchenden mit selbständiger Wohnung, die von auswärts nach Halle oder von Halle nach auswärts verziehen wollen, wird dringend empfohlen, sich in die Tauschliste eintragen zu lassen, da die Aussicht auf Erlangung einer Wohnung auf diesem Wege bedeutend aussichtsvoller erscheint.

Ferner wird erneut darauf hingewiesen, daß Käufer eines Grundstücks den übrigen Wohnungsuchenden gegenüber kein Vorrecht genießen, eine freie Wohnung in dem Grundstück zu beziehen. Nach den bestehenden Bestimmungen darf ein Grundstückseigentümer eine Wohnung in seinem Grundstück nur dann beziehen, wenn ihm diese Wohnung vom Wohnungsamt zugewiesen worden ist. Die Zuweisung kann nicht erfolgen, wenn dadurch eine Bevorzugung gegenüber den anderen Wohnungsuchenden eintritt. Wird die Wohnung trotzdem bezogen, erfolgt zwangsweise Räumung. Anzeigen über Verkauf von Grundstücken „mit freiwerdender oder freier Wohnung" sind daher irreführend.

Gleichzeitig wird wiederholt vor dem eigenmächtigen Beziehen freigewordener Wohnungen gewarnt. Wer eigenmächtig und widerrechtlich eine Wohnung bezieht, muß aus dieser wieder entfernt werden und kann keinen Anspruch auf anderweitige Unterbringung stellen, selbst wenn er in seiner früheren Wohnung nicht wieder untergebracht kann. Bei selbstverschuldeter Obdachlosigkeit kann das Wohnungsamt nicht helfen.

Schließlich wird noch darauf aufmerksam gemacht, daß die Beamten des Wohnungsamtes mit Ausweisen versehen sind, die sie auf Anfordern in den von ihnen zu besichtigenden Wohnungen vorzuzeigen haben. Personen ohne diesen Ausweis sind abzuweisen. Dasselbe gilt für Personen, die den Vermietern vom Wohnungsamt bezw. Wohnungsnachweis als Wohnungsuchende zugewiesen werden. Sie erhalten einen auf ihre Person ausgestellten und an den Vermieter adressierten Wohnungsbedarfschein, den der Vermieter ausgefüllt an den [illegible] zugeben hat und den der Wohnungsuchende wieder im Wohnungsamt abliefern muß."

Eltern, laßt eure Söhne nicht das Bäcker- oder Konditorhandwerk erlernen. Vom Verbande der Bäcker- und Konditoren wird uns geschrieben: Wenn wir diesen Ruf an die Arbeitereltern ergehen lassen, so nicht darum, um einzig und allein den Zuzug zum Bäcker- oder Konditorgewerbe zu sperren, sondern den Eltern zu zeigen, daß die Verhältnisse in diesen Gewerben so liegen, daß es ganz ausgeschlossen ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen, den Beruf zu erlernen, um nach Beendigung der Lehre in den Gewerben Arbeit zu finden. In den Bäckereien wird heute fast nur Brot hergestellt und dies in einer Qualität, die oft sehr viel zu wünschen übrig läßt. Schuld daran ist der ungeheure Mangel an Mehl und die dadurch entstandene Notwendigkeit allerlei Streckmittel zu benützen. Es ist daher erklärlich, daß der Lehrling in den Bäckereien kaum ein ordentliches Brot herzustellen erlernt. Weißgebäck darf im allgemeinen nicht gebacken werden, und für Kuchen besteht das Kuchenbackverbot soweit hierzu Brotgetreide genommen wird. Auch in den Konditoreien ist die Warenherstellung auf das Aeußerste eingeschränkt, da für dieses Gewerbe das Kuchenbackverbot in erster Linie Geltung hat. Durch das Fehlen der Rohmaterialien und während der bekannten Lehrlingszüchtereien, ist die Arbeitslosigkeit im Bäcker- und Konditorengewerbe die größte unter allen Gewerben. Allein im Juni u. Js. kamen auf 100 offene Stellen 1044 arbeitslose Bäcker- und Konditorgehilfen. Seit dieser Zeit hat sich die Zahl noch vergrößert, da bis heute und kommenden Ostern noch eine große Zahl Lehrlinge ausgelernt haben oder auslernen. — Nach der letzten Lehrlingszählung im Bäcker- und Konditorgewerbe kamen auf 100 Gehilfen, 111 Lehrlinge, das bedeutet, daß die Gehilfen in 2½ Jahren durch die Neuauslernenden vollständig ersetzt sind. Diese gewaltige Arbeitslosigkeit veranlaßte zuerst Preußen, eine Verordnung zu erlassen, daß bis 1. Oktober 1923 nur noch in jedem Betrieb ein Lehrling gehalten werden darf. Soweit vor dieser Verordnung mehr Lehrlinge beschäftigt wurden, sollen diese noch auslernen. — Darum ist Vorsicht geboten. Denn, wo schon ein Lehrling beschäftigt ist, muß der neue Lehrling wieder entlassen werden. Da der Mangel an Brotgetreide auch in den nächsten Jahren noch anhalten wird, so sind die Aussichten der Bäcker- und Konditorgehilfen recht trostlos. Darum ist dringend vor Erlernung dieser Berufe zu warnen. — Die Zentralstelle für Lehrlingswesen des Bäcker- und Konditorenverbandes Hamburg 1, Besenbinderhof 57, IV, ist gern bereit, eine kostenlose eingehende Auskunft über die Lehrlingsverhältnisse im Bäcker- und Konditorengewerbe mündlich oder schriftlich zu geben.

Rentenzahlung bei der Post. Die Zahlung der Militärrenten und der Invaliden- und Unfallrenten findet an den Hauptsahltagen in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags beim Postamt 1 (Gr. Steinstr.) wie folgt statt: a) für Militärrenten am 26. Februar für die Nr. 1—15 000, am 28. Februar für die Nr. 15 001 — Schluß; b) für Invaliden- und Unfallrenten am 1. März für die Nr. 1—3800, am 2. März für die Nr. 3801 — Schluß. Vom 3. bis 5. März werden die Renten ebenfalls von 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags gezahlt. Alle Empfänger von Militärrenten haben mit der Märzquittung auch eine Lebensbescheinigung abzugeben. Wird die Rente durch eine Bank oder durch die Sparkasse bezogen, so ist die Lebensbescheinigung umgehend an das Postamt 1 einzusenden. Die Quittungen der Unfall- und Invaliden-Rentenempfänger sind für Monat März rollzeitlich zu bescheinigen.

Käfichen mit Wertangabe. In die zur Versendung von Schmucksachen und kostbaren Gegenständen bestimmten Käfichen mit Wertangabe können fortan auch Gegenstände mit Handelswert, deren Versendung in Warenproben der Weltpostvertrag verbietet, sowie zollpflichtige Gegenstände, deren Einlegung in Briefsendungen nach dem Weltpostvertrag nicht gestattet ist, aufgenommen werden. Die Postanstalten erteilen Auskunft, nach welchen Ländern Käfichen mit Wertangabe zugelassen sind.

Postanweisungen nach der Tschecho-Slowakei. Nach den an die Tschecho-Slowakei gefallenen Gebieten Ungarns werden Postanweisungen fortan wieder angenommen. Die Bedingungen sind dieselben wie für Postanweisungen nach der Tschecho-Slowakei. Nach den von Rumänien und Serbien besetzten Gebieten und Orten Ungarns bleibt der Postanweisungsverkehr vorläufig auch weiter gesperrt.

Die Briefrankierung durch Stempeladdruck. Das Ende Dezember bei fünf Postämtern in Groß-Berlin versuchsweise eingeführte Verfahren, daß gewöhnliche Briefsendungen zu den Gebührensätzen von 10 und 40 Pf. durch Stempeladdruck freigemacht werden, ist vom Reichspostministerium versuchsweise bei neun anderen großen Postämtern im Reiche weiter zugelassen worden.

Der Postdienst im Fürstentum Liechtenstein wird nicht mehr von der österreichischen, sondern von der schweizerischen Postverwaltung wahrgenommen. Infolgedessen gelten für Postsendungen aller Art nach Liechtenstein fortan dieselben Versendungsbedingungen, wie für gleichartige Sendungen nach der Schweiz. Briefsendungen aus Deutschland nach Liechtenstein sind danach künftig nach den Weltpostvereinssätzen frei zu machen.

Fundbureau. In der Zeit vom 1. bis 15. Februar 1921 sind nachstehende Gegenstände als gefunden hier abgegeben oder angemeldet worden: mehrere Handtaschen, mehrere Handschuhe, mehrere Beutel, mehrere Geldtäschchen, mehrere Hunde, mehrere Brillen, mehrere Uhren, mehrere Kuchsäcke, mehrere Kopftücher, 1 Pelzboa, 1 Nähnadel, 1 Handdrehbank, 1 Invalidenkarte, ein Uhrketten-Anhänger, 1 Perlenbeutel, 1 Fahrrad, 1 Mädchenmütze, 1 Zange und Stecheisen, 1 Medaillon, 1 Paket mit Wäsche, ein Notenheft, 1 Kaiserbüste, 1 goldenes Kettchen, 1 Brosche (E. K.), 1 Fünfmarkschein. Die unbekannten Eigentümer der bezeichneten Gegenstände werden aufgefordert, ihre Rechte innerhalb zehn Monaten im Polizeiverwaltungsbureau, Dreyhaupstr. 4, Zimmer 100, geltend zu machen. Die nicht zurückgeforderten Gegenstände werden an die Armenverwaltung oder an den Finder abgegeben werden.

Zusammenstöße auf der Straßenbahn. Gestern vormittag fand in der Burgstraße zwischen einem Arbeitswagen der Straßenbahn und einem Straßenbahnmotorwagen ein Zusammenstoß statt. Beide Wagen wurden stark beschädigt. Zwei Fahrgäste erlitten Verletzungen.

In trankem Zustande nach der Klinik. In letzter Nacht wurde in der Röserstraße ein Kaufmann in bewußtlosem Zustand aufgefunden und mittels städtischen Krankenwagens der Klinik zugeführt. — Ein auswärtiger Geschäftsmann versuchte durch Einnehmen von Sublimatpastillen sich zu vergiften. Auch er mußte mit dem städtischen Krankenwagen der Klinik zugeführt werden.

Freier Sängerchor. Nachdem unser Stiftungsfest und die darauf folgenden Wahlversammlungen vorüber sind, bereitet sich der Verein zu neuen Veranstaltungen vor. Um auch fernerhin vor einem Konzertpublikum mit gutem Erfolg bestehen zu können, ist es unbedingt notwendig, daß alle Sänger die Uebungsstunden regelmäßig und pünktlich besuchen. Der Verein hat in seinem einjährigen Bestehen viel geleistet; das soll uns auch fernerhin ein Ansporn sein, noch vollendeteres zu schaffen. Vor allem müssen wir auch dem Verein neue sangesfreudige Mitglieder zuführen. Zur Freude unseres Gesangleiters Herrn Lissel und zum Gedeihen des Freien Sängerchors.

Metallarbeiter aller Richtungen. Heute abend 7½ Uhr im Kartellzimmer des Volkspartes gemeinsame Besprechung. Zahlreiches Erscheinen der S. P. D.-Kollegen gewünscht.

Zoologischer Garten. Das am vergangenen Mittwoch veranstaltete Kinderkostümfest war außerordentlich gut besucht, die kostümierte Jugend belustigte sich bei Spiel und Tanz und die älteren Personen schauten vergnügt zu. Es war eine Veranstaltung großen Stils, wobei von der Galerie des Saales herab die Tanzweisen von zwei sich abwechselnden Kapellen des Seifert-Orchesters erklangen, während in den Zwischenpausen auf der Bühne die verschiedenartigsten Vorträge gehalten wurden, die stürmischen Beifall fanden. Besonders hervorzuheben sind die Leistungen der Geschwister Meyer als Gesangs-Duettisten, Geschwister Werner als Kunsttänzerinnen, Anneliese Meyer und Frl. Schattschneider als Liedersängerinnen, Marianne Seehause und Margot Wernitz als Darstellerinnen mit Originalmusik von Humperdinck, die von der Jungendriege des Giebichensteiner Turnvereins kunstvoll gestellte Pyramide, ein von 8 Knaben aufgeführter Tierreigen, die von den Geschwister Anders vorgeführten Tirolertänze, von mehreren kleinen Mädchen vorgetragene Gedichte und vieles andere mehr. Der lebhafte Wunsch der Kinder, daß eine solch schöne Veranstaltung recht bald wieder stattfinden möge, wird dahin beantwortet, daß für Montag, den 28. Febr., eine große Festlichkeit als „Ein Jahrmarkt in Krähwinkel" vorgesehen ist, zu welcher wieder die kostümierte Jugend mit ihren Angehörigen wärmstens eingeladen wird.

Geisterglaube und Forschung. 2. v. Czerny-Vortrag. Während der erste Vortrag über „Geheimnisse des Unterbewußtseins" nicht eben stark besucht war, konnten am zweiten Abend, am Montag, nicht alle Erschienenen Platz finden. Dieser Andrang ist verständlich, sollten doch in Lichtbildern die immer wieder verleugneten und nun wissenschaftlich „nachgewiesenen" Geister auf der Leinwand erscheinen. Vorerst sprach aber der Vortragende über Geisterglaube und Forschung. Die dabei entwickelten Gedankengänge mußte jeder vorurteilsfreie Mensch als logisch und die Resultate als wahrscheinlich anerkennen. Daß noch vieles dunkel blieb, ist nicht die Schuld des Sprechers, sondern muß auf die Kürze der Zeit und auf die Unvertrautheit mit dem Okkultismus zurückgeführt werden. Das ganze verzwickte Gebiet auch nur einigermaßen in einer kurzen Besprechung verständlich zu machen, wird unmöglich sein. Nur unter Beachtung aller Zusammenhänge kann, wie auch der Vortragende ausführte, eine anschauliche und glaubhafte Schlußfolgerung gezogen werden. Die Lichtbilder, welche nach dem ersten Teile des Vortrages gezeigt wurden, sind sicherlich auf die meisten Besucher von überraschender Wirkung gewesen. Die Erklärung für die Spukhäuser und für die allerseltsamsten Phänomen „fliegende Gegenstände" usw. stießen bei manchem Zuhörer auf ungläubiges Kopfschütteln und Lachen. Als Material der Beweisführung okkulter Wissenschaft sind sie jedenfalls von höchstem Interesse.

Wenn Mitteldeutschland ein Sowjetstaat wär.

Ein Bild.

Der Bezirk Halle-Merseburg, aus allen Wahlen immer wieder hervorgegangen als das mit unverwaschbarem Moskauer bekleyte kommunistische „Herz" Deutschlands, hatte sich endlich losgelöst von dem anderen Deutschland. Es war auch die höchste Zeit, denn dieses Deutschland als Gesamtbau zerbrach eben an seiner Stelle eine haftbare Fläche für das immer wieder frisch aufgetragene und in Moskau beständig neu eingerührte Sowjetrot. „Schuld daran ist", so sagen die Spitzen der berühmten „revolutionären" Avantgarde in Halle, „die rückständige sozialdemokratisch und gewerkschaftlich geschulte Arbeiterschaft in Magdeburg, Hannover, Breslau, Stettin, Hamburg, Bremen usw., die eben immer wieder „schwarz" (d. h. sozialdemokratisch) stimmt!"

Endlich wurde mit all dem Schluß gemacht, das Band zerschnitten und die Räterepublik Halle-Merseburg im ganzen Umfange des „roten Herzens" proklamiert. Es vergingen Tage auf Tage.

Endlich wurden die Wahlen zum Zentralsowjet Halle-Merseburg ausgeschrieben. Sie fanden statt am 20. Februar 1921. Mit dem verhaßten „freisten Wahlrecht" der Welt war selbstredend sofort nach der mitteldeutschen Selbständigmachung gebrochen worden und Diktator Lemck gab das neue bolschewistische Wahlreglement heraus. Es hieß darin: „Nur wer arbeitet darf wählen, wer eben auch nur der essen darf, der arbeitet. Alle Nichtarbeiter sind von der Sowjetwahl ausgeschlossen."

Die bolschewistischen Wahlkommissare in Halle gingen nun daran, die Hand- und Kopfarbeiter aus den Listen zu ziehen. Übrig blieben als Nichtarbeiter 14 Prozent der Bewohner. Den übrigen 86 Prozent der mitteldeutschen Sowjetbewohner schenkte man das Wahlrecht für den 20. Februar.

Der Wahltag kam heran. Sinowjew betrachtete von Moskau aus mit Interesse die Vorgänge in seiner Kolonie Mitteldeutschland und hielt dabei immer die 21 Punkte fest in den Händen, damit kein einziger verletzt werde, denn sie stellten ja in ihrer Unverletztheit erst das eigentliche Herrschaftsszepter über das deutsche „rote Herz" dar. Das „befreite" mitteldeutsche Proletariat konnte nun seine Stimme für die jeweilige „staatserhaltende" Partei (Partei klingt verdächtig!), die USPD. in die Wagschale werfen.

„Also der Tag war da, wie kam es?

Zur Wahl gingen 582 932 Proletarierwähler. Es war dies eine erfreuliche Zahl, da sich in ihr für jedermann offensichtlich die endlich erkämpfte „Diktatur des Proletariats" verkörperte. Erfreulich schon deshalb, weil nach den Berichten des wahlstatistischen Büros für Rätemitteldeutschland einwandfrei nachgewiesen wurde, daß, wenn zur selben Zeit nach den Grundsätzen der bürgerlichen Demokratie gewählt worden wäre, auch die festgestellten 95 000, (14 Prozent) Nichtarbeiter mitgewählt hätten. . . . . .

. . . Die Wahlkommissare erklärten die Sowjetwahlen Punkt 6 Uhr geschlossen, schüttelten all die roten Wahlzettelchen auf lange Tische, der Mitarbeiterstab setzte sich in zählende Bewegung und reihte Zahl an Zahl.

Dann — verkündeten Extrablätter in allen Städten, auf Straßen und Plätzen die aus der Sowjetwahlurne gestiegene Stimme des zur Wahl geschlittenen arbeitenden Volkes . . .

Alle bolschewistischen Götzen kamen beim Rufe dieser Stimme auf allen ihren nach Moskauer Art konstruierten Thronen und Thrönchen unplötzlich in starkes Schwanken. Sinojew wurde leichenblaß, denn bis nach Moskau vernahm er dieses Wackeln . . . . , die 21 Bedingungen, das eigentliche Rückgrat Sowjetmitteldeutschlands waren völlig zerbeult und verbogen in den Ortus geworfen worden. Von den abstimmenden mitteldeutschen Sowjetproletariern **hatten nur 204 569 in der erlaubten Weise ihre Stimme abgegeben. Mehr als 147 000 wählten „opportunistisch", d. h. die Scheidemann- und die Hilferding-Partei, während 230 000 auf die doch so gentlich längst „vergangene" kapitalistische Welt geschworen hatten.**

Die „allgemeine und geheime Sowjetzeitung" (im Volksmund immer noch „Klassenkampf" genannt) gerieth ob der damit an sie herantretenden neuen Aufgabe rein aus dem Häuschen und schoß einen logischen Purzelbaum nach dem anderen. Sie hatte nämlich die Aufgabe, dem harrenden Volke zu verkünden, welch tiefer Unterton eigentlich durch des Volkes Stimme gelungen sei. Ewig unvergessen werden dieser „Zeitung" die schweren Tage sein, welche sie angesichts der zu lösenden Aufgabe durch-purzeln mußte. In ihrer immer denkwürdig bleibenden Nummer 44 vom Dienstag, den 22. Februar 1921 gab sie ihren erwartungsvollen Lesern folgenden journalistischen Schlaftrunk: „ . . . Nach all den heftigen Verleumdungen . . . können wir stolz sein auf das Ergebnis. Es bestätigt das, was wir immer gesagt haben: Die Arbeiterschaft steht fest zu unserer Partei, der USPD.

Als das die Wahlstimmenzähler aufmerksam gelesen hatten, machten sie runde (d. h. erstaunte) Augen. Denn sie hatten das Resultat der Abstimmung noch genau im Kopfe und wußten, daß von den 582 932 proletarischen Wählern nur 204 569 für die Moskauer USPD. gestimmt hatten.

Das war also ein grober logischer Sprung im Wahlbetrachtungsgedankengebäude der „staatserhaltenden" Sowjetzeitung. Dabei gab es noch eine ganze Reihe kleinere Sprünge in diesem Kartenhause der von nur unverlässigen Kommunisten (Punkt 1 der 21 Bedingungen) besetzten Sowjetredaktion. U. a. den folgenden: „ . . . . . liegt begründet in dem schmählichen Verrat der USP, die . . . viele von sich gestoßen und sogar zu den Rechtssozialisten getrieben hat". Neun Zeilen später war schon wieder ein „Salto mortale" des unverlässigen Sowjetzeitungsschreibtisches beendet und es hieß: „Die SPD. („Rechtssozialisten") hat zwar ihre Stimmenzahl etwas steigern können aber sie wird uns nicht wegmachen, daß das Arbeiterstimmen sind." (Alle Logiker brachen nach diesem Erguß in ein schallendes Gelächter aus.)

Sie sollten jedoch nicht lange lachen. Denn bald zeigte sich unter den Proletariern gewaltige Gärung. Alle 582 923 Wähler wollten doch nun einmal Arbeiter sein und das gab eine beispiellose Verwirrung. Denn das Staatsorgan hat doch von der seit **hier der V. K. P. D. stehenden Arbeiterschaft Sowjetmitteldeutschlands geschrieben** und dabei bekanntgegeben, daß die Zahl der Arbeiterschaft eben 204 659 betrage. **Was sollte nun aus den übrig bleibenden 378 363 Proletarierwählern werden?** Selbst Adam Riese verzagte angesichts dieses beispiellosen Zahlenluddelmuddels der „Sowjetzeitung", die mit dieser demagogischen Prachtleistung ihrem früheren Namen „Klassenkampf" alle Ehre machte. Erst mit Hilfe des Punktes 13 der 21 Bedingungen (planmäßige Bespitzelung der eigenen Genossen) gelang es nach vieler Mühe, die gemeinten 204 569 Arbeiterwähler herauszufinden.

Ueber die übrigen 378 363 sprach Sinowjew kraft der 21 Moskauer Punkte den fünfzackigen bolschewistischen Bannfluch aus und erklärte sie insgesamt für spätere Zeiten des Wahlrechts verlustig. Er machte damit der in Deutschland falsch verstandenen Diktatur ein schnelles Ende nach spezifisch russischer Art.

Lemck, der sogenannte kleine Sinowjew erlebte damit seine wunderbare Rettung. Sein Thron, wie all die anderen Thrönchen wackelten nicht mehr, sondern standen fest auf Bajonetten und Gewehren.

Das war das Ergebnis des 20. Februar in Rätemitteldeutschland. Tausende Arbeiter trugen mit Murren Lemcks Thron auf ihrem Arbeitsrücken. Einer fragte ganz geheim den anderen:

„Ist das die uns so oft gepriesene, wirkliche „Diktatur des Proletariats?!"

„Nein", erwiderte fest ein Arbeitskollege, **„das ist die von Sinowjew-Rußland abgeguckte Diktatur über uns, das Proletariat! Sie ist unwürdig! Laß sie uns abschütteln! . . . . ."**

Dann kämpften Arbeiter gegen Arbeiter. Die Flamme des grausamen Bürgerkrieges äscherte viele Städte, Dörfer und Fabriken Mitteldeutschlands ein. . . . . .

Sagt es doch endlich ihr Herren, wie eure Diktatur über das Proletariat aussehen würde! K. G.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210223-12/fragment/page=0006

Den ganzen zweistündigen Darlegungen wurde das aufmerksamste Gehör gegeben und E. v. Czernin konnte sich eines starken Beifalls erfreuen. Die Frauenwelt war besonders stark vertreten.

Stadttheater. Heute, Mittwoch, abend 7½ Uhr wird die Oper „Tiefland" wiederholt. Donnerstag gelangt im Zyklus „Das klassische Lustspiel der Weltliteratur" „Don Gil von den grünen Hosen" zur Erstaufführung. Freitag „Carmen", Sonnabend abend 7 Uhr „Tannhäuser". Sonntag nachmittag Volksvorstellung bei kleinen Preisen von 1 Mk. bis 5 Mk. „Die spanische Fliege", Sonntag abend „Wenn Liebe erwacht". Montag „Das Dreimäderlhaus".

Freie Volksbühne Halle. 8. Werk (Lokalbahn, Erster Klasse). Spieltage: K Mittwoch, den 23. L Freitag, den 25. Februar.

Auf das Pembaur-Konzert am 24. d. Mts. sei hiermit nochmals hingewiesen. Wie nicht anders zu erwarten, hat sich das lebhafteste Interesse für den Chopin-Liszt-Abend dieses Künstlerpaares gezeigt, so daß nur noch wenig Karten zur Verfügung stehen. Man eile schleunigst zu Heinrich Hothan; denn aller Voraussicht nach dürfte das Konzert zu einem der genußreichsten des ganzen Winters werden, aber auch das letzte, da Pembaurs mit Mai d. Js. nach München gehen. Außerdem stellen sie sich in den Dienst der guten Sache, denn das Konzert findet zugunsten des Hilfs-Vereins für Blinde statt.

Kantgesellschaft, Ortsgruppe Halle. Donnerstag, 24. Febr., abends 8 Uhr im Auditorium maximum 2. Vortragsabend: Prof. Dr. Max Frischeisen-Köhler über: „Das Problem des Irrationalen". Danach Aussprache. — Eintritt für Mitglieder frei, Nichtmitglieder 2 Mk. am Eingang. — Beitrittserklärungen an Dr. O. Wichmann, Herderstr. 10, oder am Vortragsabend.

Provinz und Umgegend.

Die Knechtschaft der Landlehrer und ihre Folgen!

Aus Alt-Sorgefeld wird uns geschrieben:

Im „Amtlichen Schulblatt für den Reg.-Bez. Merseburg" wird unter Nr. 9 schon wieder die äußerste Sparsamkeit empfohlen bei allen Bauten, bei denen das Patronat mit zahlungspflichtig ist. „Alle nicht unbedingt notwendigen Arbeiten, insbesondere solche, die sich ausschließlich auf persönliche Wünsche der Nutznießer gründen, müssen unberücksichtigt bleiben." Aus Abs. 4: „Gegebenenfalls darf für den Neubauentwurf nicht wie in Friedenszeiten übliche Maßstab zur Anwendung kommen, sondern ist nicht bloß die Anzahl, sondern auch das Raummaß der Zimmer einzuschränken und nur die einfachste Ausstattung der Wohnungen unter Abstandnahme von usw. — zulässig." Abs. 5. „Die Wohnungsinhaber haben in jetziger Zeit keinen Anspruch auf die Ausführung von Reparaturen, die in städtischen Mietwohnungen anstandslos unterbleiben, wie z. B. Anstrich von Wänden, Decken und Fußböden, Neutapezieren und dergl."

Ist dieser Min.-Erl. v. 29. 12. 1920 von dem sozialdemokratischen Kultusminister oder etwa von Dr. Röficke oder dem Bauernfreund Dr. Heim? Weiß man aber nicht, wie verbittert so schon die Landlehrer sind darüber, daß sie den Bauern gerade genußsam ausgeliefert sind? Ahnt man nicht, wie jetzt schmunzelnd die Gesuche der Lehrer um Instandhaltungsarbeiten zurückgegeben werden? Wie die notwendigste Reparatur achselzuckend abgelehnt wird mit dem Bemerken: „Persönlicher Wunsch des Nutznießers." Kennt man die elenden alten Buden nicht, die die Lehrer noch heute in nicht geringer Zahl bewohnen müssen? Kennt man nicht die unzähligen Mängel der zahllosen Neubauten, der zu Mindestgebot mit den natürlich schönsten Material hergestellten Kitschbauten? Kennt man nicht die einzigen Reichen Deutschlands neben den gewerbsmäßigen Schiebern, die gefüllten Bauernkrümpfe, Strohsäcke, Milchkammern, die von Mäusen zerfressenen Schütze auf Boden und sonstigen Verstecken, die verbrannten Papiermillionen in Bauernöfen? Schützt nur weiter die Bauern vor dem dummen Bezahlen! Schröpft nur die Lehrer kräftig! Tun sie den Mund auf, dann können die ja ihre „Knullen" in der Schulstube selber bauen! Und Eier? „Die können sich selber hühner halten!" Und Futter dazu? „Mir hun selber nischt!" Kann ich ½ Liter Milch bekommen? „Der vorige hat sich o Küe alleene gehalten. Wer nich arbeet, soll o nich essen. Mir müssen o von früh um fimfe bis uffn Amt um zähne schuften!" Gut, dann werde ich jetzt auch wieder Bauer, wie der alte S...! Bitte Stall, Scheune, Mägdekammer! „Salt! Min.-Erl. Abs. 7! Wenn auch solchen Maßnahmen nicht entgegengetreten werden soll, so ist doch zu beachten, daß dadurch gewöhnlich eine Verbesserung der „Stelle" eintritt, die begreiflich eine Vergrößerung der Dotation darstellt, usw." Freilich, die zur Führung der Landwirtschaft nötigen Neuanschaffungen bezahlt der Lehrer selbstverständlich mit der gelassenen Miene eines Kriegslieferanten aus seinem entsetzlich großen Gehalt! Und damit das nicht zu groß wird und er die Dienstwohnung dicht hinter dem großen Wald, wo die Welt aufhört und das Reich anfängt, gegen das die Götter selbst vergebens ankämpfen, damit er diese Wohnung recht zu würdigen versteht, bezahlt er nur 30 Prozent des Ortszuschlages und der 50 Prozent davon, rund 630 Mk. bis 810 Mk. jährlich Miete, die ihm natürlich gleich einbehalten werden, damit er nicht in Versuchung kommt, dafür Lebensmittel zu kaufen. Ortsklasse E wohlgemerkt wo alles ebenso teuer ist, wie die Händler es für die Gesegneten im Lande des Hungerfriedens anwenden können, wo jeder Gang zum Kaufmann, Arzt usw. 10 und 20mal so teuer ist als in der Stadt.

Begreifen denn die Lehrer immer noch nicht, wer sie zum Wundhalten zwingt, zur wohlwollenden Neutralität oder offenen Parteinahme gegenüber dem Reichsbund und dessen Ablegern und Gliedern? Wehrt euch gegen die Auslieferung der Landlehrer an den Säckel des Bauern! Der ist für euch verschlossen; denn wahr ist was Minister Stegerwald laut Deutschnat. Herold Nr. 3 in seinem Buche schreibt: „Sehr starke geistige Bedürfnisse treten in der Umgebung, in der Bauern und Mittelstandsleute leben, nicht hervor . . ." Wenn der Lehrer das Land aus seiner Lethargie reißen soll, muß er unabhängig von den Bauern sein. Statt dessen sehen nach kurzer Zeit selbst die optimistischen Lehrer ein, daß der Vorsprung der anderen Schulsysteme immer größer wird, das Land dadurch immer mehr zurückfinkt; denn Stillstand ist Rückgang, von dem Stegerwald vorher mit vollem Recht spricht. Dann streben die Lehrer möglichst schnell nach der Stadt. Eine junge Kraft nach der anderen in häufigem Wechsel wandert als reifer Mann nach den leichteren Schulverhältnissen in der Stadt und das Land „wurschtelt" weiter.

Bauer! Knöpf die Taschen für Bildungszwecke weiter auf! Du kannst es!

1. Erziehe deine Kinder mehr. Du widmest dich ihnen viel zu wenig.
2. Statte deine Schulen zu Bildungspalästen aus!
3. Empfinde mehr Hochachtung vor geistiger Arbeit als bisher, besonders vor der des Lehrers.
4. Stelle die Wohnungen der Lehrer freiwillig so her, daß sie die schmerzliche Trennung von den Bildungs-, Fortschritts-, und Kulturzentren leichter überwinden können. Dazu hilft besser als bisher, Genosse Haenisch, den Landlehrern, dann hilft du der Landschule, damit dem Landvolk und damit dem Volksganzen.

Der kann die Sozialdemokratie einen Teil sogar nur einer Partei-Clique fördern im Hinblick auf das Wohl der Gesellschaft! Der Erlaß vom 23. 12. 20 ist etwas ein schwerer, bedauerlicher Fehlgriff wie die viel zu hohe und thematische Anrechnung der Dienstwohnung.

Die Landlehrer aber dürften einmal etwas mehr Mut und Reglamkeit für ihren Stand und das geistige Volkswohl aufbringen und sich selbst durch Anträge, Deputationen beim Minister betätigen, wie das bisher meines Wissens nur der Kreis Schweinitz und auch nur geplant, leider aber noch nicht ausgeführt hat.

K.

Wenn Kommunisten ehrlich sind.

Es war Wahlversammlung in Bergwitz bei Wittenberg und der geräumige Gastraum des goldenen Ankers dicht gefüllt, auch von einigen Kommunisten. Der mehrheitssozialistische Sprecher hatte von Anfang bis Ende das Ohr aller. Als Gegenredner traten zuerst ein Kommunist, dann ein Parteiloser auf, der u. a. das berühmte Rezept empfahl: Entweder ganz rechts — oder ganz links! Die längeren Ausführungen des Kommunisten waren inhaltlich nichts als ein Unterstreichen der Wahlrede. Natürlich wurden zur Besserung der Lage des schaffenden Volkes nicht sozialdemokratische, sondern kommunistische Hilfsmittel empfohlen, wobei Rußland wieder herhalten mußte. Aber während des Schlußwortes, das sich zu einem sachlich geführten Zwiesprache zwischen Sozialdemokrat und Kommunist entwickelte, kamen einige sehr bemerkenswerte Geständnisse des Kommunisten zutage. Er gab zu, daß in Deutschland nicht die Demokratie an allem Elend der Jetztzeit schuld sei, genau so wie nicht die Diktatur in Rußland. In beiden Ländern spielen eben die Nachwirkungen des Krieges eine große Rolle. Dann kam das Geständnis, daß die auf das Ergebnis der Nationalversammlungswahlen so schwer wirkenden Dezember- und Januar-Spartakusputsche verfehlte Teilaktionen jugendlicher Verführter gewesen seien, an denen sich Lebknecht nur aus Schwäche gegen die Masse beteiligt habe. Ferner mußte zugestanden werden, daß die Arbeiterschaft sehr töricht getan hat, als sie seinerzeit nicht in die Reichs- und Einwohnerwehr trat und deren Mitglieder in Verruf erklärte. Endlich gab Herr Wessel, so hieß der Kommunist, zu, daß Rußland noch mehr als Deutschland vor dem Bankerott stehe, denn es könne keine Nachwerte erzeugen, da alle größeren Arbeitsaufträge in das Ausland gehen müßen. Leider kam ihm nicht die letzte und wichtigste Einsicht, nämlich die, daß die Kommunisten zum Wohle des schaffenden Volkes positiv mitarbeiten müßen.

Aus der Jugendpflege und Jugendbewegung des Bezirks.

1. Auch in diesem Jahre soll in Merseburg mit Genehmigung des H. Ministers für Volkswohlfahrt ein längerer Lehrgang zur Ausbildung und Fortbildung von Jugendpflegern und Jugendpflegerinnen stattfinden und zwar vom 12. Juli bis 5. August. Am Sonnabend, Sonntag und Montag fanden keine Unterweisungen statt, damit die Teilnehmer in dem Heimatsort nach dem Rechten sehen können. Entsprechende Beihilfen zu den Kosten des Aufenthalts werden gezahlt. Es können nur solche Personen zu dem Lehrgange zugelassen werden, die bereits eine umfassende Tätigkeit in der Jugendpflege ausüben oder von denen mit Sicherheit zu erwarten ist, daß sie dies bald nach der Teilnahme an dem Lehrgange tun werden. Meldungen sind durch die Landratsämter (Magistrate der kreisfreien Städte dem H. Regierungs-Präsidenten einzureichen. Auf dem Lehrgange werden sämtliche Gebiete der Jugendpflege und Jugendbewegung theoretisch und praktisch behandelt.

2. Wettspiele für die männliche und weibliche Jugend sollen jetzt schon auf Grund einer Verfügung des H. Regierungspräsidenten vom 11. Januar dieses Jahres vorbereitet werden. Bei den vorzunehmenden turnerischen Uebungen und Spielen sollen die Ausführungen im 10. Geschäftsberichte des Arbeitsausschusses für Jugendpflege im allgemeinen als Richtlinien dienen. Eine bindende Vorschrift sollen sie aber nicht sein. Empfohlen wird die Ausgestaltung der Wettspiele zu Volksfesten, auf denen auch sonstige volkstümliche Uebungen, Sing- und Volkstänze vorgeführt werden können. Der weitere Ausbau muß den einzelnen Kreis- und Ortsausschüssen für Jugendpflege überlassen bleiben. In einfachen Verhältnissen werden für die männliche Jugend ein Schnellauf, Wurf und Sprung und für die weibliche Jugend Ball über die Schnur, Dreiballauf, Grenzball, Jägerball genügen. Es kommt bei diesen Wettspielen weniger darauf an, besondere Höchstleistungen zu erzielen, als vor allem darauf, ein allgemeines Interesse für die turnerische, sportliche Betätigung der Jugend und die Jugend- und Volksspiele zu erwecken. Darum sind die in den Verfügungen des Herrn Regierungs-Präsidenten genannten Uebungen und Spiele so einfach, daß sie nur geringe Vorbereitungen voraussetzen; auch die Jugendlichen sind leicht für diese Veranstaltungen zu gewinnen, die bisher noch keine turnerischen und sportlichen Uebungen getrieben haben. Die Vorbereitung und Durchführung der Wettspiele und Wettkämpfe wird sich am besten ermöglichen lassen, wenn sich dafür besondere Ausschüsse in den Kreisen, Jugendpflegebezirken und Städten bilden. Zu diesen Ausschüssen sind in erster Linie die Leiter und Leiterinnen von Turn- und Sportvereinen, die Turnlehrer und Turnlehrerinnen und die Mitglieder der vorhandenen Ausschüsse für Leibesübungen heranzuziehen.

Hoffentlich wird die Zahl der Wettspielnachmittage im Jahre 1921 recht groß. Für die körperliche Erziehung unserer Jugend könnte das nur von Vorteil sein.

Merseburg. Stadtverordnetensitzung. Nachdem eine Wahl von Deputationsmitgliedern stattgefunden hatte, trat man zur Beratung von einer Anzahl Mehrausgaben über, so z. B. 275 300 Mk. Ueberteuerungszuschuß für die Merseburger Baugesellschaft. Nachbewilligung der Erhöhung des Ortszuschlages für Angestellte der Stadt von 80 auf 100 Mk. und Verstärkung der Mittel zur Zahlung des Hilfslohnes, Ausgaben für die Grundeigentumsverwaltung, desgleichen Nachbewilligung von 450 000 Mark als Mittel für den Haushalt des Elektrizitätswerkes. Eine rege Debatte entspinnt sich über den Vertrag zur Besiedelung des Jorkschen Planes, die von einigen Leuten durch Selbsterbauen von ihren Häusern vorgenommen wird. Genosse Krüger schlägt vor, hier nicht, wie im Vertrag steht, die Ausschachtungsarbeiten für Zuführung der Gas- und Wasserleitung auf der Straße den jetzigen Siedlern aufzubürden, sondern auf Kosten der Stadt zu übernehmen, was auch einstimmig beschlossen wird, desgleichen wird der Vertrag genehmigt und als Grundlage für neue derartige Siedelung festgelegt. Sodann bewilligt das Kollegium die Mehrausgaben für Umbau des elektrischen Leitungsnetzes in Höhe von 233 000 Mk. Hierbei handelt es sich um Nachbewilligungen infolge höherer Materialpreise und Löhne. Nachdem bewilligt das Stadtparlament die Kosten für Wiederherstellung der Kesselanlage im Seminar in Höhe von 3136 Mk., sowie die Summe von 3500 Mk. als Nachbewilligung für den Fond zur Unterhaltung der Wohnbaracken an der weißen Mauer. Damit war die öffentliche Sitzung erledigt. An der nichtöffentlichen Sitzung wurde die Wahl von zwei besoldeten Stadträten vorgenommen. Es wurden gewählt für das Wohlfahrtsamt der jetzige Regierungsrat Bessert aus Schneidemühl mit 25 Stimmen von 32 Stadtverordneten, an Stelle des ausscheidenden Stadtrat Wessel wird der Magistratsrat Klein aus Kassel mit 16 Stimmen gewählt. Ersterer ist Volkswirtschaftler, letzterer ist Jurist.

Merseburg. Unterschlagung. Der unabhängigen „Volkszeitung" wird aus Merseburg gemeldet: Große Veruntreuungen sind auf dem Güterbahnhof Merseburg aufgedeckt worden. Wie der „M. K." berichtet, wurde in den letzten Tagen ein auf dem Güterbahnhof beschäftigter Rangiermeister aus Spergau mit seiner Kolonne Arbeiter die teils in Spergau, teils in Merseburg wohnen, verhaftet. Die Verhafteten wurden in Untersuchungshaft genommen. Die Verhaftungen stehen in Verbindung mit der Aufdeckung eines Warenlagers im Werte von etwa 30 000 Mark, das sich in Spergau befand. Was man dort vorfand, stammt aus Veruntreuungen der Verhafteten im Bahndienst. Es finden gegenwärtig weitere Haussuchungen und Verhaftungen statt, so daß die Veruntreuungen recht umfangreich sein dürften. Die Vergehen erstrecken sich auf die letzten Jahre und bedürfen natürlich einer eingehenden Untersuchung.

Gröbers. Gemeindegewerbesteuer. Nachdem die Zuschläge zur Grund- und Gebäudesteuer auf das Vierfache erhöht sind, beschloß die Gemeindevertretung, die besondere Gemeindegewerbesteuer, welche mit 10 Mk. für jeden Arbeiter von den Unternehmern erhoben wird, auf 30 Mk. zu erhöhen. Hiergegen hat das Landesfinanzamt Magdeburg Einspruch erhoben, weil die Reichseinkommensteuer dadurch geschädigt wird. (?) Die Gemeindevertretung hat beschlossen, gegen diesen Einspruch vorzugehen, denn mit derselben Begründung kann jede Gemeindegewerbesteuer vom Landesfinanzamt verhindert werden und die Gemeinden, die ja sonst keine Steuern mehr haben, könnten den Konkurs anmelden. Es muß sich nunmehr mit unserer Sache der Reichsrat beschäftigen. Dessen Entscheidung wird von einschneidender Bedeutung sein nicht nur für die Steuern der Gemeinden, sondern für die ganze Selbstverwaltung der Gemeinden. Hier liegt eine unberechtigte Bevormundung seitens der Reichsbehörden vor, welche schlecht in unsere demokratische Einrichtung paßt.

Kelbra. Nach der Wahlschlacht. Die Schlacht ist geschlagen, der wilde Ansturm der Beschewisten von rechts und links zum Stehen gebracht. Die Arbeiterschaft, soweit dieselbe in den wahren Sozialismus das höchste Ideal erblickt, hat hier in unsern kleinen Städtchen den Kampf mit Ehren bestanden. Es gelang unserer Partei die Stimmenzahl auf das dreifache gegen die Wahl am 6. Juni 1920 zu erhöhen. Die Wahlbeteiligung war sehr groß. Von 1524 Wählern übten 1340 Personen, also über 85 Prozent das Stimmrecht aus. Es erhielten Stimmen: Deutschnat. Volksp. 239 (228), die Partei des Wiederaufbaues die Volkspartei 175 (157), die Demokraten 100 (186), die Kommunisten 562 (669), die Alte Sozialdemokratie 243 (88) Stimmen. Dieser schöne Erfolg erfüllt uns mit großer Freude, beweisen doch diese Zahlen, daß die gesunde Vernunft in der Arbeiterklasse allmählich wieder die Oberhand gewinnt. Dieses zu erringen war nur möglich durch die restlose Aufopferung unserer Parteigenossen, welche alle Parteiarbeiten im Verein mit unserer Jugendgruppe mit der größten Hingabe erledigten. Auf die unabhängige Liste entfielen 15 Stimmen.

Wittenberg. Ein Drama im Bahnhofshotel. Der komm. Stadtrat Harpke, Dezernent der hiesigen Ortskohlenstelle, hat im hiesigen Bahnhofshotel seine Geliebte, die Witwe eines 1917 ums Leben gekommenen Kriminalbeamten Dreßler, und deren Kind getötet, und hierauf sich selbst erschossen. Da Harpke eine siebenköpfige Familie besitzt und trotz Besitzes eines Zigarrengeschäftes sich nur kümmerlich durchs Leben brachte, wird allgemein angenommen, daß die Veruntreuungen, die er als Leiter der Ortskohlenstelle beging, dennoch größer sind, als früher schon einmal aufgedeckt wurde. Die nächste Zeit wird wohl Licht in diese aufsehenerregenden Tatsachen bringen.

Bockwitz (Kr. Liebenwerda). Oeffentliche Gemeindevertretersitzung. Am Freitag, den 18. Februar, fand hier eine öffentliche Gemeindevertretersitzung statt. Für die aus der Gemeindevertretung ausgeschiedene Frau Waller wurde Frau Maulich vom Gemeindevorsteher in ihr Amt eingeführt und verpflichtet. — Für den Verlust der Kartoffeln für die Minderbemittelten, die sie durch Versehen eines Beamten des Landratsamtes Lauchhammer erhalten haben, will der Kreis 1000 Mk. zur Verfügung stellen. Die Gemeindevertretung will sich mit dieser Regelung nicht zufrieden geben. — Dem Tischlermeister Ruß wurde in der Mückenberger Straße noch eine Baustelle überlassen, aber unter der Bedingung, daß das Haus nicht mit dem Giebel nach der Straße gebaut wird. — Der Kreissiedelungsgesellschaft will die Gemeinde beitreten. — Auch der Anregung des Kreises, ein Säuglingsheim zu errichten, steht die Gemeinde sympathisch gegenüber. — Für die Aufstellung eines Gesamtbeschleusungsplans wurden 4000 Mark bewilligt. — Ein örtlicher Wohlfahrtsausschuß wurde gebildet. — In den Schulvorstand wurden gewählt Gen. Albin Schüler, ferner vom Wahlvorschlag der bürgerlichen Fraktion Bäckermeister Max Noack und Landwirt Traugott Hauska, von den Kommunisten Kupferschmied Louis Wernicke. — Hieran schloß sich eine der üblichen geheimen Sitzungen.

Liebenwerda. Nach dem Kampfe. Die Wahlschlacht ist geschlagen. Trotz aller Angriffe und Wahllügen von rechts und links gegen unsere Partei ist es nicht gelungen, unsere Stimmenzahl zurückzudrücken. Im Gegenteil, fast in allen Orten unseres Kreises konnten wir eine kleine Zunahme feststellen. Das Resultat für Liebenwerda ist folgendes: (die Zahlen in Klammern bedeuten das Ergebnis bei der letzten Reichstagswahl). SPD. 365 (336) + 29, USPD. 40 (353) — 313, BVR. 155 (—) + 155, Dem. 340 (479) — 139, Zentr. 25 (22) + 3, D. Vp. 388 (314) + 74, Dn. Vp. 255 (213) + 42. Viel zum Erfolge trugen unsere sächsischen Genossen bei, die uns in diesem Wahlkampfe wacker geholfen haben. Besonders unser letzter Redner, der Genosse Lehrer Schurig aus Plauen, der uns den Sozialismus aus der Entwicklung heraus schilderte, hat viel Anklang gefunden. Deshalb wollen wir auch an dieser Stelle den sächsischen Genossen unseren wärmsten Dank aussprechen. — Unseren Liebenwerdaer Genossen möchten wir aber bei dieser Gelegenheit sagen, daß unsere Arbeit erst jetzt richtig beginnt. Es ist noch viel zu tun, um jeden einzelnen Genossen aufzuklären und weiterzubilden, besonders aber die „Lauen" aufzurütteln und zur Arbeit heranzuziehen zum Wohle des Sozialismus.

Kinder in Not!
Willst Du fehlen mit Deiner Gabe?
Deutsche Kinderhilfe.

Verantwortlich: Für Politik, Parteinachrichten und Gewerkschaftsleben Paul Täumer; „Aus dem Stadtkreis" und Feuilleton Willy Lenke; für Provinz und den übrigen redaktionellen Teil i. V. Hans Här; sämtliche Inserate Wilhelm Herzig; sämtlich in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Vereins-Anzeiger.

Jede unter dieser Rubrik erscheinende Bekanntmachung kostet pro Zeile 20 Pfg. Im Vereinsanzeiger sollen alle Veranstaltungen der gesellschaftlichen, gewerkschaftlichen u. politischen Organisationen aus dem Verbreitungsbezirk angekündigt werden.

Donnerstag, abends 7 Uhr, im „Gewerkschaftshaus", Zimmer 35, 3 Treppen, Bezirksvorstandssitzung.

Freier Sängerchor. Freitag abend pünktlich 8 Uhr, Uebungsstunde da neue Lieder einzustudieren werden, bitten wir die Sänger um vollzähliges Erscheinen.

Der Vorstand.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210223-12/fragment/page=0007

Halle, Vergnügungen usw.

Walhalla-Lichtspiel-Theater, Gr. Steinstraße 49.

C.-T.-Lichtspiele, Gr. Ulrichstraße 51.
Ständig die neuesten erstklassigen Spielfilme!
Nur Ur- und Erstaufführungen!
Rauchen gestattet! Erfrischungsraum!
Wochentags Beginn 4 Uhr. Sonntags 3 Uhr!

Cafehaus Monopol, Inh.: Frau Schumann. Täglich Konzert. Gegenüber dem Stadttheater. Alte Promenade 1 b, Ecke Schulstraße.

Richard Adam, Weine, Spirituosen, Brüderstraße 2. Tel. 3989.
Biophon-Theater Gr. Ulrichstr. 57. Großstadtprogramm — 4 bis 11 Uhr Vorstellung. Nur Erstaufführungen.

Allgemeines.

Georg Schmidt, Zigarren, Zigaretten und Tabak Halloria-Stolz Ludw. Wuchererstraße 60.

Johs. Schloßmann, Zigarren, Zigaretten und Tabake. Leipzigerstraße 12. Telephon 5561.

Rob. Steinmetz, Leipzigerstraße 8. Lernen — Baumwollwaren — Betten — Wäschefabrik.

Fritz Mösenthin, Burgstraße 1. Telephon 3450. Manufakturwaren.

Bernh. Haeni, Schmeerstr. 2. Korsetthaus.

Hutumpreß-Anstalt B. Brustewitzki, Magdeburger Str. 27.

Heinrich Wittenberg, Leipzigerstraße 103, II. Kohlen-Abteilung. Fernsprecher 6512. Baustoff-Abteilung Fernsprecher 6502.

Otto Just, Kohlen u. Holz, Ludwig-Wuchererstr. 45. Fernsprecher 5649

Franz Zenk. Kleiner Berlin 2. Die große Hut-Fabrik.

Merkur-Drogerie, Ludwig-Wuchererstraße 75. Fernsprecher 6954. Drogen, Farben, Photo-Artikel, Verbandstoffe.

Arthur Täglich, Ingenieur, Lindenstr. 8.

Schmidt & Erdel Buchdruckerei. Anfertigung von Drucksachen aller Art. Fernruf 2172. K. Ulrichstraße 8.

Hundreich Schmelzer, vorm. Albert Schmidt, Kotzwaren-Fabrik. Große Steinstraße 54/55.

Hausierer und Wiederverkäufer kaufen Textilwaren günstigst bei **Gater & Tümmler,** Landsbergerstraße 52. — Fernruf 3927. —

Makulaturpapier jederzeit zu haben. Große Brauhausstr. 17 b. Piörtner.

Theuring & Ackermann, Triftstraße 24. Höchste Preise.

A. Schenkalowski, Krackenderstr. 23 Rohproduktenhandlung Kauft Metall, Felle, Lumpen, Papier. — Telefon 4260.

G. Schaible, Möbel jeder Art. Gr. Märkerstr. 26.

J. Seydel, Mostrich und Essig. Rathaus-Nr. 15

L. A. Kielpennig, Uhren u. Goldwaren, Optik Reisstr. 129.

Otto Thormann jun. Raffineristr. 46. Kauft Möbel, Wäsche, Schuhwerk, Nachlässe, Tagespr.

Karl Fernig, Telephon Nr. 3374 Beerd-Institut „zur Ruhe" Leipzigerstr. 8.

D. Heimsath & Sohn, Schneider-Geschäft Steg 19.

J. Ewald, Steinweg 2. Fernruf 65 8. Bilderentnahmungen.

Mehnert & Müldener Kohlenhandlung Merseburgerstr. 45 b. Telephon 6321.

P. Münster, Maßkonfektion. Ludw.-Wuchererstr. 70 Schulstraße 13.

D. Kutscher, Moritzkirchhof 10. Handleiterwagen u. einzelne Räder-Spezialgeschäft.

Eduard Graf, Markt 11. Bettfed. u. Betten Spezialhaus

H. Layer, Kl. Ulrichstr. 27. Anfertigen feiner Herrengarderobe nach Maaß.

Bitterfeld.

Palast-Theater, Halleschestraße 26. — Moderne Lichtspiele. — Fernruf 281.

Kaffee Rich. Saul, Kaiserstraße 4. Reichhaltiges Konditoreibüfett. Biere und Weine.

Trinkt Bitterfelder-Biere

Lehmann & Wolff, vorm. H. Weile Nachf., Textilwaren-Großhandlg., Burgstraße 25. Kurz-, Wetz- und Wollwaren. „Damenputz", Burgstraße 7. Telefon 107 und 239. Telegr.-Adr.: „Sowoco".

A. Rausch Nachf., Kirchstr. 1., Telephon 183. Posamenten, Woll-, Weißwaren, Trikotagen, Wäsche, Leinen- und Baumwollwaren.

Paul Wille, Burgstraße 51. Hüte. Mützen. Schirme.

A. Schirrmeister, Kaiserstr. 7. Spezialgeschäft für feinen Schirm- und Stockbau.

R. C. Müller, Tabakfabrikate für Wiederverkäufer.

B Musterschutz

Aluminium-Kochgeschirre u. andere Küchenartikel en gros. Aluminiumwaren-Fabrik. ! Die beste Bezugsquelle en detail! **Kersten & Schatz,** Halle a. S., Adolfstraße 9/10.

C. Klappenbach Gr. Ulrichstr. 41. Gummiwaren.

Willy Sernau Mantel-Haus, Schulstraße 11.

Gebr. Schubert Prothesenfabrik u. Mühle Merseburgerstraße 102. Telefon 6675.

Emil Schrön Rannischestr. 19. Älteste Spezial-Uhren-Reparaturwerkstatt. Schnell, gut, billig.

A. Schumann Gummiwaren Steinweg 46/47.

Herm. Zierfuß Wohnungs-Einrichtungen in jeder Preislage.

Gottfried Schrant Uhrmacher Eigene Reparaturwerkstatt 4 Schmeerstr. 4.

Adolf Gödecke Optisches Institut, Poststr. 9/10

Karl Weber Zigarren-Spezial-Geschäft im Groß- u. Kleinverkauf Adolfstadtenweg 20.

Wünsch & Kaps, Ludwig-Wuchererstraße 14. Fernruf 5872. Sattlerwaren und Polstermöbel

Fahrplan der Halle-Hettstedter Eisenbahn.

Halle	ab		5[42]	5[42]	6[10]	6[3]	† 9[0]	10[0]	† 12[0]	3[00]	4[0]	5[00]	6[22]	7[22]									
Dölauer Heide	„		5[12]	6[5]	6[23]	6[45]	9[15]	11[15]	2[15]	3[15]	4[15]	5[15]	6[22]	7[42]									
Cöthen	„	†	W	W	W	7[00]	9[24]		2[34]					8[22]*									
Gerbstedt	„	5[13]				W	11[08]		4[15]					9[42]									
Hettstedt	an	5[22]					11[28]		4[33]					10[22]*									
				†												†				W			
Hettstedt	ab			5[22]					12[0]							5[30]				*10[12]			
Gerbstedt	„			6[12]			W		12[0]*							6[22]				*10[22]			
Cöthen	„		W	7[34]	W	W	7[05]	7[34]		2[08]	W	W	W	W		7[24]	W	7[24]					
Dölauer Heide	„		5[42]	7[6]	6[10]	6[33]	7[20]	7[56]		2[8.*	12[1]	3[20]	4[20]	5[20]		7[22]	6[42]	7[42]					
Halle	an		5[45]	8[11]	6[26]	6[0]	7[3]	8[11]		2[51]	1[36]	4[36]	4[36]	5[36]		8[11]	6[22]	8[12]					

Bei Kohlenmangel verkehren die Züge von Station * — * nur noch Dienstag und Sonnabend und bei anhaltendem Kohlenmangel fällt der Verkehr auch an genannten Tagen, sowie der Züge † gänzlich aus.

Abfahrt d. Züge Lauchstedt—Schleitau und Merseburg—Schafstädt u. zurück.

5[45]	10[4]	5[46]	an	Schleitau	ab	W	W					6[54]	5[08]	8[22]	an	Merseburg	ab	1[38]	W	6[22]			
5[49]	12[03]	5[10]		Lauchstedt		6[20]	6[22]					6[3]	4[36]	8[18]		Lauchstädt		1[200]		6[22]			
W	W	W	ab		an	2[49]	7[22]					6[17]	W 4[15]	8[52]	ab	Schafstädt	an	2[15]		6[22]			

W = Wochentags. S = Sonntags.

Plato & Cie., Inhaber: Gebr. König. Marienstraße 31. Fernruf 6611. Gen.-Vertr. der Dürkopp-Werke. Leistungsfähige Reparatur-Werkstatt. Verleihung von Automobilen Tag und Nacht.

Reinhold Schirrmeister, Steinstraße 7 am Bahnhof. Zigarren. Zigaretten. Tabake.

Curt Trabitzsch, Kaiserstr. 66. Zigarren. Zigaretten. Tabak.

Möbelfabrik Quilitzsch.

Otto Liebmann, Halleschestraße 14. Por ellan. Steingut. Glas.

August Trabitzsch, Zigarrenfabrik Burgstraße 1. Telephon 165. Zigaretten und Rauchtabak in größter Auswahl.

Merseburg.

Grollmitz & Reinecke, Burgstraße 45. Fernruf 162 Gummiwaren. — Bandagen.

Paul Ehlert, Haushaltartikel. Entenplan 11.

Leopold Wolff, Burgstr. 7 Fernruf 312 Gold-, Silber-, Uhren- und Optische Waren

Zigarrenhaus Franz Müller, Weine. Gotthardstraße 48. Liköre.

Fritz Schönbrodt, Markt 5. Telephon 284. Fahrräder Nähmaschinen. Motorfahrzeuge Elektr. Artikel für Stark- u. Schwachstrom.

Carl Stürzebecher, Strumpfwaren, Herren-Artikel, Woll- und Weißwaren.

Emil Chricke, Innere Bismarckstr. 19. Glas. Porzellan. Bilder.

Oskar Zimmermann Gotthardstraße 25. Erstkl. Spezialhaus für Herren- und Knaben-Konfektion.

A. Döring, Café-Restaurant. Kaiserstraße 67.

S. Jarosch Nachf. Markt 7. — Bessere Herren- u. Knaben-Garderobe. Anfertigung nach Maaß.

Ernst Strenger Burgstr. 49. Spezialgeschäft für Schutzwarengeschäft.

H. Taitza Neumarkt 18. Markt 19. Bekleidung aller Art. Ältestes Geschäft am Platze.

Gebr. Meyer Kirchstr. 10. — Beste Bezugsquelle für Damen-Kleidung.

Oswald Böhme Burgstraße 52 Schokoladen u. Konfitüren.

G. Hoffmann, Markt 19. Woll-, Weiß- und Wirkwaren. Herrenartikel und Schürzen. Korsetts. Handarbeiten. Schneiderei-Bedarfs-Artikel. Besätze.

Hch. Arnold Wäsche und Manufakturwaren, Markt 8. Fernsprecher 149.

R. Zöllmer Fischhandlung.

Paul Raack Markt 5. Spezialgeschäft für Herren-Artikel

F. Swoboda Markt 5a Haus- und Küchengeräte.

Marie Müller Nachf., Gotthardstr. 42 Damen- und Kinderhüte. Jede Preislage. Große Auswahl

Bruno Raack Burgstraße 2. Hüte, Mützen, Wäsche.

Paul Rudolph Drogen, Farben, Kolonialwaren, Photo-Artikel.

Carl Moll, Fahrräder, Näh-Maschinen, Kinderwagen, Sportliteratur, Apparate u. Lust.

G. Raack Burgstr. 49. Musikinstrumente, Saiten.

J. G. Knauth & Sohn, Pelzwaren — Herrenhüte, Mützen — Herrenartikel.

Schuhhaus Hermann Körner, Kaiserstraße 1. Eigene Reparatur-Werkstatt.

D. Scholz Wtw., Inhaber: Gebr. Scholz. Gotthardstraße 34. Möbellager — Ganze Wohnungs-Einrichtungen — Eigene Möbeltischlerei und Polsterei.

Sporthaus Hans Käther, Kl. Ritterstr. 1. Ecke Entenplan. Spezial-Einkaufshaus für Vereine.

Spielwarenhaus Wilhelm Köhler, Gotthardstr. 5. Anerkannt gute Bezugsquelle für Geschenkartikel und Spielwaren.

Flora Parfümerie, Otto Stiebritz Parfümerien Seifen — Toilette-Artikel Abt. Konfitüren.

Adler-Drogerie Wilh. Kieslich Inh.: Wwe. A. Kiesl. Entenplan. Fernsprecher 95. Medizinal-Drogerie und I. Foto-Spezialhaus am Platze.

Th. Ebert Nachf. Arthur Palster Optiker. Spezialität in Augenoptik. Entenplan.

Günther Liebmann Entenplan 6. Markt 20. Fernruf 360. Elektrische Bedarfsartikel. Fabrikations- und Reparaturwerkstätte.

Eduard Klauß Kohlen, — Baumaterialien Landw. Bedarfsartikel.

Otto Bretschneider, Eisenwaren, Haus- und Küchengeräte.

R. Christ, Entenplan Nr. 5. Herrenbekleidung, fertig und nach Maß.

Weissenfels.

Adolf Gutmann, Manufaktur — Modewaren Damenkonfektion.

Emil Joske, Weißenfels, Ecke Markt und Jüdenstr. Filiale: Merseburgerstr. Größtes Geschäftshaus am Platze.

Hermann Zierfuß, Wohnungs-Einrichtungen in jeder Preislage.

Emil P. Nachwitz, Jüdenstr. 1, Weinhandlung Kolonialwaren, Zigarren.

Franz Wengler, Elektrotechnisches Büro. Licht-Beleuchtungen, und Kraftanlagen — Moderne

Dimke & Herrmann, Autohaus. Gr. Burgstraße 1. Fahrräder — Ersatzteile — Eigene Reparaturwerkstätte.

D. Kronenberg, Uhren und Goldwaren, Markt 9—10.

Kognak-Zentrale, F. G. Menge.

F. u. G. Hüppner, vorm. F. H. Krause, Jüdenstraße 10. Butter, Käse, Wurst.

Wilhelm Apelt, Wein und Spirituosen.

Zig.-Haus M. Saal, Schweizer. Pfeifen Spitzen, Stöcke. Kleine Kalandstr. 19.

Eisleben.

Herm. Zwarg, Inh. Bodo Hildebrandt, Plan 11. Drog., Parfümerien, Kolonialw., Zigarr., Zigaretten, Tabak, Weine, Spirituosen.

Otto Fiedler, Markt 7. Goldwaren.

Emil Schauseil, Konditorei, Am Markt.

Lutherstraße 14, Kaufhaus Rosenthal.

Delitzsch.

Drogerie zur Reichspost, m. Inh.: Colmann.

Walter Seidel. Billige Lebensmittel.

Die Volksstimme bezieht man bei H. Alpers, Butterfelderstr. 1, H. Klunkert, Elisabethstr.